

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: pro Nummer 1 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1.10 Pf., halbjährlich 2.20 Pf., jährlich 4.40 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Pf. pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2 Pf., für das übrige Ausland 3 Pf. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erstmal täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die schlagballene Kolonelle oder deren Raum 10 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (letztgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Tarife für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 6. November 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Arbeiter! Parteigenossen!

Auf zur Stadtverordneten-Wahl!

Kein Wähler der dritten Abteilung kann einem Vertreter des Geldsacks die Wahrnehmung seiner Interessen übertragen!

Niemand fehle bei der heutigen Wahl!

Das Branntweinmonopol.

Die Ernte der Blockzige vom Januar soll in die Scheuern eingebracht werden. Selbstverständlich in die der preussischen Junker. Ist doch das Deutsche Reich nichts als ihre Domäne, akzeptiert sie doch dann erst die „Demagogen-Forderung“, das Vaterland müsse größer sein, als ihnen Bismarck dieses größere Preußen zur Erweiterung ihres Volksausbeutungsgeschäfts zur Verfügung gestellt hatte. Erst beim Getreide- und Fleischwucher mit Hilfe der Korn- und Viehzölle, dann beim Branntweineinwucher. Die Bereicherung durch die auf Kosten der deutschen Konsumenten und Steuerzahler gezahlten Zuckerprämien war für die Junker zu ihrem großen Leidwesen nur eine vorübergehende Erscheinung, wenn auch die Ausfuhrprämien dem Volke über 1200 Millionen Mark raubten. Aber hier steckte bald das industrielle Großkapital den größten Teil des Profits in die Tasche, denn die Zuckerrüben bauenden Grundbesitzer machten aus Bier nach den Prämien, sich solche Konkurrenz, daß sie eine leichte Beute der Fabriken wurden, die ihnen die Preise diktierten.

Diese Erfahrungen trugen mit dazu bei, daß die Schnapsbrennenden Junker vom Reiche mehr verlangten als nur einen mehr oder minder heimlichen Zuschuß aus den Taschen des Volkes. Von Anfang an ging das Streben der glücklichen Besitzer von Brennereien hauptsächlich dahin, daß ihnen der Staat ihre lieben Standes- und Berufskollegen vom Halbesolde, damit nicht durch Ueberproduktion eine Schleuberkonkurrenz die Prämienabgabe um die Hälfte mache. Kontingentierung, das heißt Beschränkung der Produktion auf ein eng begrenztes Maß, das war und ist die erste Forderung, die Preußens schnapsbrennende Junker an das übrige Deutschland stellten. Die Produktion sollte stets an der Grenze des Bedarfs gehalten werden, damit die Preise entsprechend der ungedeckten Nachfrage recht hoch blieben. So entstand ein lächerliches Widerspiel: einerseits versicherten die Schnapsbrenner, sie brennten nur, um das Vaterland zu retten, denn ihre Brennereien lohnten sich, der Kartoffelbau nicht, der Boden müsse dann brach liegen bleiben oder aufgefördert werden, beides ein nationales Unglück — andererseits waren sie eifrig dahinter, zu verhindern, daß sich der angeblich für das Vaterland so wichtige Kartoffelbau ausdehne, mochten auch die brennerlosen Gegenden Preußens noch so beweiskräftig nachweisen, daß sie ebenso notleidend seien wie die bereits mit Brennereifloten gesegneten. Die zuerst gekommen waren, behielten eben ausschließlich das Privilegium des Brennens — und es waren ja diejenigen, deren Wohl und Wehe mit dem des preussischen Staates auf das engste verbunden war und ist. Die zuerst den Desfüllierhelm in ihr Wappen mit aufgenommen hatten, waren die ostelbischen Junker!

Friedrich Engels hat bereits 1876 in einer Studie, deren Richtigkeit sich gerade in diesen Tagen wieder erweist, auf diesen Zusammenhang zwischen Schnapsjunker und der preussischen Monarchie hingewiesen. In drei Artikeln im Leipziger „Volksstaat“, dem von Liebknecht redigierten Organ der Eisenacher, zeigte Engels, wie die Junker den deutschen Reichstag dazu benutzten, um die Bevölkerung des ganzen Reiches für sich tributpflichtig zu machen, wie sie von Beginn der Schnapspest an die Bauern Preußens gepöbeld hatten, um mit dem von diesen für Ablösung der Fronlasten gezahlten Geld Brennereien zu errichten. „Preussischer Schnaps im deutschen Reichstag“ nannte Engels seine Artikel. Auf dem Schnaps beruht der Junker Herrlichkeit und damit die Preußens. Das eigentliche Schnapsgebiet war — und ist — der Stern der preussischen Monarchie.

„Die Brennerei“, schrieb Engels, „zeigte sich als die eigentliche materielle Grundlage des gegenwärtigen Preußens. Ohne sie müßte das preussische Junkertum zugrunde gehen; seine Güter wären zum Teil von großen Landmagnaten angekauft worden, die eine wenig zahlreiche Aristokratie im englischen Sinne gebildet hätten; zum Teil wären sie zerstückelt worden und hätten die Grundlage zu einem selbständigen Bauernstande gebildet. Die Brennerei hat der Entwicklung eine andere Wendung gegeben. Auf einem Boden, der fast nichts hervorbringt als Kartoffeln und Krautjunker, aber diese auch massenhaft,

konnte sie einer Welt Trost bieten. Mehr und mehr begünstigt von der Nachfrage, konnte sie sich zur Zentralschnapsfabrik der Welt erheben. Unter den vorgefundenen gesellschaftlichen Verhältnissen hieß dies nichts anderes, als die Ausbildung einerseits einer Klasse mittelgroßer Grundbesitzer, deren jüngere Söhne das Hauptmaterial lieferten für die Offiziere der Armee und für die Bürokratie, d. h. eine neue Lebensfrist für das Junkertum; andererseits einer sich verhältnismäßig rasch vermehrenden Klasse von Halbhörigen, aus denen sich die Klasse der „Kernregimenter“ der Armee rekrutierten. Kurz, wenn Preußen in den Stand gesetzt wurde, die 1815 verschluckten westelbischen Broden einigermaßen zu verdauen, 1848 die Revolution in Berlin zu erdrücken, 1849 trotz der rheinisch-westfälischen Aufstände an die Spitze der deutschen Reaktion zu treten, 1866 den Krieg mit Österreich durchzuführen und 1871 ganz Kleindeutschland unter die Führung dieses zurückgebliebenen, stabilsten, ungebildeten, noch halbfeudalen Teil von Deutschland zu bringen, wem verdankt es das? Der Schnapsbrennerei.“

Da kam Mitte der siebziger Jahre die Konkurrenz des russischen Spiritus; er verdrängte den preussischen vom Weltmarkt, die Ausfuhr sank in den achtziger Jahren auf Null. Engels sah dies voraus; er schrieb 1876: „Die herrliche preussische Schnapsindustrie ist vom Weltmarkt verschwunden und besetzt nur noch den inneren Markt.“

Und ebenso zutreffend erklärte Engels: „An dem Tage, wo den preussischen Junkern der Desfüllierhelm entwunden wird und ihnen nur noch der Wappenhelm oder höchstens der Armeehelm bleibt — an dem Tage ist es aus mit Preußen.“ Aber eben weil das Geschick Preußens, „dieser halbmittelalterlichen Herrschaft“, und der Junker so eng verknüpft ist, eben deshalb sorgte der preussische Staat dafür, daß ihm sein Junkertum und damit er selber durch das Junkertum erhalten blieb.

Es war nach dem tollen Hexenabbat der Augustwahlen von 1887, wo die „Sanierung“ — wie heute Dernburg sagen würde — der bankrotten junkerlichen Schnapsbrenner auf Kosten der armen Bevölkerung des ganzen Reichs besorgt wurde. Denn selbstverständlich ist es ja nur die Armut, die alle Steuern und Prämien für Branntwein zahlen muß. Nur die ärmste Bevölkerung ist es, die die Massen des Stiefes verbraucht, zu dem sie die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, Leibliche und geistige Not mit scharfer unwiderstehlicher Gewalt hintreiben: Die Ärmsten der Armen — die unorganisierten, niedergedrückten Arbeiterschichten, die bei den „patriotischen“ Wahlen von 1887 ihren Plünderern zum Siege verhalfen, wie sie jetzt, zwanzig Jahre später, ein neues Ausplünderungs-Kartell, den Block, ermöglichten.

Und der Block schließt sich zu noch größerem Wert an. Die Schnapsbrennerei soll mit einem ehernen Schutzwall gegen alle Sturmfluten umgeben werden, mögen sie von der Konkurrenz des Inlandes oder Auslandes oder den Umwälzungen in der Technik hervorgerufen sein. Vor allem — die Konkurrenz des Inlandes soll vollständig erdrückt werden, da sich gezeigt hat, daß das System von 1887 noch nicht genügt, um die Bevölkerung den Junkern zur beliebigen Schröpfung auszuliefern.

Das System von 1887, das bis jetzt noch „zu Recht“ besteht, gab den Schnapsbrennereibesitzern die ersuchte Begrenzung der Produktion. Nur eine vom Staat bestimmte, kontingentierte Menge Spiritus darf produziert werden, die Grenze wird so festgesetzt, daß sie stets unterhalb des Bedarfs liegt. Diese Produktionsbegrenzung besteht aber nur für die Gesamtheit der Brenner. Im ganzen Reich dürfen sie etwa 2 Millionen Hektoliter Spiritus brennen; je nach der Zahl und Größe aller Brennereien wird dem einzelnen sein entsprechender Anteil überwiesen. Je größer also die Zahl aller Brennereien, um so geringer der Anteil des einzelnen Brenners. Nun bemüht sich aber dessen Profit nach der Größe seines Kontingents. Dieses braucht er nur mit 50 M. pro Hektoliter zu versteuern; das, was er mehr als gemäß seines Kontingents brennt, muß er mit 70 M. versteuern. Da das Gesamtkontingent des Reichs geringer ist als der Bedarf, so richtet sich der Preis nach dem Steuerfuß, der für das Ueberkontingent bezahlt werden muß. Die ganzen 2 1/2 Millionen Hektoliter Kontingent, welche mit 50 M. Steuer pro Hektoliter belegt sind, werden zu einem

Preise verkauft, der die 70 M.-Steuer einbegreift, so daß die Brenner bei jedem Hektoliter 20 M. Prämie verdienen, das macht bei den 2 1/2 Millionen Hektoliter jährlich 44 Millionen Mark. Der Junker v. Wedell-Malchow hat 1887 mit ungewollter Vorsehung sie als die „Liebesgabe“ bezeichnet, die Junker Bismarck seinen Standesgenossen als Angebinde für die Liebesdienste bei den Kurwahlen überreichte.

Die Konkurrenz des Auslandes brauchen die Schnapsbrenner nicht zu fürchten; ist doch der Zoll auf 160 M. pro Hektoliter hinaufgeschraubt, beträgt er also noch 110 M. mehr als die Steuer für den kontingentierten Spiritus, so daß nicht nur eine unübersteigbare Schutzzollmauer die Brenner sichert, sondern ihnen auch ermöglicht, den Preis um diesen riesigen Betrag in die Höhe zu treiben.

Denn ihnen dies aber bis jetzt nicht gelang, so lag das daran, daß das Branntweinbrennen schon durch die 20 M. Steuerdifferenz zwischen kontingentiertem und unkongingentiertem Spiritus ein so profitables Gewerbe wurde, daß es sich sogar lohnte, das Kontingent zu überschreiten und Spiritus, der mit 70 M. versteuert werden mußte, also keinen Extra-profit abwarf, zu brennen; an der Liebesgabe wurde schon genug verdient. Und die Vergrößerung des Betriebes über das Kontingent hinaus lohnte sich ebenfalls, denn bei der Neu-Kontingentierung, die alle fünf Jahre jedem Brenner die Menge des „Fünftziger“-Spiritus und damit die Höhe der Liebesgabe festsetzt, gilt die bis zu dieser Zeit in- und außerhalb des Kontingents erzeugte Spiritusmenge als Grundlage für die Neubemessung der Liebesgabe, das heißt, je mehr eine Brennerei Spiritus erzeugt hat, um so höher wird sie für die nächsten fünf Jahre mit Liebesgaben bedacht.

(Ein Schlussartikel folgt.)

Ein Opfer der „Standesehre“.

Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, ist wieder einmal ein hoher Offizier der besonderen Standesehre des „bernehmsten Rods“ zum Opfer gefallen. Der Chef der Nordstation, Vizeadmiral v. Ahlefeld, hat sein Abschiedsgesuch einreichen müssen, weil er eine Duellforderung abgelehnt hat!

Das Roffe-Blatt teilt über die Affäre das Folgende mit: Ueber die Ursache des schnellen Rücktrittes dieses bewährten Flaggoffiziers, der seit 40 Jahren in der Marine dient, wird bekannt: Ein Marinebaumeister und Leutnant der Reserve in Wilhelmshaven hatte eines Tages ein Rencontre mit einem anderen Reserveoffizier gehabt und war dabei diesem gegenüber handgreiflich geworden. Als dieser dann nach Verlauf von zwei Wochen ihm eine Herausforderung zum Duell übermitteln ließ, lehnte der Marinebaumeister sie ab mit der Motivierung, daß sie zu spät erfolgt sei. Beide Befehlshaber gingen daraufhin ihrer Charge als Reserveoffizier verlustig. Als dann im Mai d. J. Vizeadmiral v. Ahlefeld seinen Posten als Stationschef in Wilhelmshaven antrat, machte er die üblichen Antrittsbesuche, unter anderen auch bei dem betreffenden Marinebaumeister. Nachträglich erhielt er Kenntnis von jener Ehrenaffäre und teilte nun jenem mit, er bitte, seinen ihm gemachten Besuch als nicht erfolgt ansehen zu wollen. Daraufhin übermittelte der Marinebaumeister Herrn v. Ahlefeld eine Forderung, doch wurde ihm, der zwar nicht mehr Reserveoffizier, aber doch kaiserlicher Beamter war, die Satisfaktion verweigert. Durch die Meldung des Baumeisters beim Ehrenamt gelangte der Ehrenhandel zur Kenntnis der höchsten Instanz, wocauf v. Ahlefeld die den Abschied einleitenden Schritte tat. Der Baumeister ist inzwischen nach Kiel versetzt worden.

Vizeadmiral v. Ahlefeld hatte das Kommando der Nordstation der Nordsee erst am 7. Juni d. J. übernommen. Er war vorher Direktor des Reichsdepartements des Reichsmarineamt und galt als die rechte Hand des Staatssekretärs v. Tirpitz, mit dem er eng befreundet ist. Er diente seit 1867 in der Marine und war seit 1906 Vizeadmiral.

An und für sich ist v. Ahlefeld nur sein Recht gefahren. Denn dadurch, daß er dem Baumeister jenen brüskierten Brief schrieb, stellte er sich ja selbst ostentativ auf den Standpunkt, der die Duellprägelei für einen Hauptbestandteil der militärischen „Standesehre“ erklärt. Er mußte schon damit rechnen, daß er für seinen Schreibebrief selbst vor den Pistolenschuß gestellt werde. Oder sollte er geglaubt haben, daß der Begner „satisfaktionsunfähig“ sei?

Dann wäre der Brief erst recht alles andere als eine Gelbentart gewesen!

Der Herr Vizeadmiral ist also nur nach den Geboten des von ihm selbst gehandhabten „Ehrenbuchs“ behandelt worden. Aber die Sache geht doch nicht nur die direkt Beteiligten an, sondern auch das Volk, das den „vornehmsten Kod“ bezahlen muß! Und die Volksvertretung hat in ihrer Mehrheit wiederholt erklärt, daß sie den ganzen Duellunfug verurteilt, daß sie nicht dulden wolle, daß die Offiziere zur gläubigsten Verletzung des Gesetzes geradezu gezwungen würden!

Jedermann erinnert sich noch, welchen Sturm der Enttarnung am 16. Januar bei der Duelldebatte die Erklärungen des Kriegsministers bei der Mehrheit des Reichstags hervorriefen. Herr v. Einem sagte damals: „Das weiß jeder, daß er, wenn er zum Duell greift, gegen göttliche und menschliche Gesetze verstoßt.“

Zugleich aber erklärte er: „Solange aber der Zweikampf in weiten Kreisen noch als anerkanntes Mittel zur Wiederherstellung der verletzten Ehre gilt, kann auch das Offizierskorps in seinen Reihen kein Mitglied dulden, welches nicht bereit ist, gegebenenfalls mit der Waffe für seine Ehre einzutreten.“

Das war die gleiche Proklamierung des Rechtsbruchs, wie sie seinerzeit das „Militär-Wochenblatt“ vertreten hatte, als es schrieb:

„Das Duell ist jetzt eines der Erziehungsmittel für das deutsche Offizierskorps, um in ihm den Grundfay lebendig zu halten, daß die Ehre höher als das Leben steht. Wir sind gewohnt, bewährte Methoden festzuhalten und sie nicht wohlgemeinten, aber falschen Theorien zu opfern.“

Und daß man bis „in die höchste Instanz“ trotz der unverkennbarsten Willensäußerungen der Volksvertretung an dieser ungeheuerlichen „Methode“ festhalten entschlossen ist, beweist die Beschlüßfassung des Vizeadmirals v. Ahlefeld, für den nun die deutschen Steuerzahler die Pension zu zahlen haben!

Daß alle Duellpraktiken, daß die kampfhafteste Aufrechterhaltung des alten modernen Anschauungen Sohn irgendwelchen Begriffs der besonderen militärischen „Standesehre“ die Armeen nicht gegen viel schlimmere Entzweiung zu schützen vermögen, hat ja der Prozeß Wolff-Harden bewiesen. Die Synar und Hohenau würden zweifellos jederzeit Satisfaktion gegeben, also dem Befehl der „Standesehre“ Genüge geleistet haben — und doch vertrat es sich mit ihrem besonderen Ehrgefühl, die Kaiserne zum Verdell für ihre perverse Drang zu machen!

Proletariat und Vaterlandsiebe.

Jener Hirsch-Dunckerische Gewerkschaftsführer, dessen Aufruf zur Gründung politischer Arbeitervereine wir kürzlich besprachen, entgegnet auf unsere Darlegungen in der „Volks-Zeitung“ in längerer Polemik. Leider verrät Form und Inhalt seiner Entgegnung mehr Bereitwilligkeit, als objektives Eingehen auf unsere Ausführungen.

Wir hatten nachgewiesen, daß die Parole einer zwar freiheitlichen und sozialen, aber — in ostentativem Gegensatz zur Sozialdemokratie — zugleich „nationalen“ Politik nichts anderes sei, als eine Wiederaufstärkung des nationalen sozialen Programms, dessen minimale Zugkraft sich doch zur Wehrge die erwiesen habe. Weiter hatten wir gezeigt, daß eine ehrliche soziale Arbeiterpolitik logischerweise eine Ablehnung von dem Nationalismus der herrschenden Klassen bedeuten und zu jener Auffassung des Nationalismus führen müsse, wie sie die Sozialdemokratie vertritt.

Der Gewerkschaftsführer behauptet nun, es sei nur eine „Phrasen“, wenn die Sozialdemokratie von sich sage, daß sie „die einzig wirklich nationale Partei“ sei. Diesem „agitatortischen Wortgeklügel“ gegenüber vertritt die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft eine „grundsätzliche Anerkennung des nationalen Gedankens, der geschichtlich erwachsenen Vaterlandsidee.“ Sie sei besetzt vom „Streben für Entwicklung des deutschen Volksgesittes“, wolle „Mitwirkung an der Größe des Reiches, nicht im Sinne von brutaler Eröberung, aber umso mehr durch moralische Gewinne.“ Die Sozialdemokratie dagegen vertritt eine „mögliche Verwischung der nationalen Eigentümlichkeit“, einen „unersetzten Kosmopolitismus“ usw.

Wir wollen demgegenüber nicht unsererseits von „Wortgeklügel“ reden, sondern einfach auf die bessere Einsicht des Verfassers appellieren. Zunächst ist es der Sozialdemokratie niemals eingefallen, eine „mögliche Verwischung der nationalen Eigentümlichkeit“ zu erstreben. Zu den nationalen Eigentümlichkeiten gehört doch in erster Linie die nationale Sprache, das Instrument der nationalen, nämlich der künstlerischen Kultur! Für sie ist niemand energischer eingetreten, als gerade die Sozialdemokratie! Und anständiger- und konsequenterweise für alle Nationen! Ebenso wenig hat sich die Sozialdemokratie jemals gegen „die geschichtlich erwachsene Vaterlandsidee“ gewendet, gegen die „Entwicklung des deutschen Volksgesittes“, die „Mitwirkung an der Größe des Vaterlandes!“ Im Gegenteil: das ganze Stimmen und Trachten der Sozialdemokratie ist darauf gerichtet, durch materielle und kulturelle Hebung der fünf Sechstel des Volkes, die zum Proletariat gehören, das Vaterland zu einer wahrhaften Kulturnation zu erheben!

Nun könnte der Gewerkschaftsführer am Ende mit dem famosen Argument kommen: die Sozialdemokratie hat doch die militärische Stärkung des Vaterlandes abgelehnt! Auch das ist nicht richtig, denn die Sozialdemokratie ist allezeit für das beste Wehrsystem eingetreten: für die Volkswehr! Sie bekämpft unseren heutigen Militarismus, weil er nicht nur ein relativ schlechtes Wehrsystem darstellt, sondern weil er auch ein Radmittel der bestehenden Klassen zur Niederhaltung der aufstrebenden Proletariats darstellt. Wagt das der Gewerkschaftsführer etwa zu leugnen angesichts des Prozesses Liebknecht? Angesichts der Ausführungen des Reichsanwaltes, daß die herrschende Klasse niemals freiwillig auf ihre Vorrechte verzichten werde? Und hat nicht selbst ein Graf Borsadowich denselben Gedanken vertreten?!

Genau so steht es mit der „Weltpolitik“. Sie ist keine wirtschaftliche Notwendigkeit! Koloniale Kriege, Eisenbahnbauten, Marinebauten usw. sind nichts als ein Mittel, um dem Kapitalismus, der sonst an seinem eigenen Widerstand — der Ausbeutung der Massen und den Riesengewinnen des Unternehmertums — zugrunde gehen würde, die Weiterexistenz zu ermöglichen. Das Volk, das ja zu fünf Sechsteln aus Nichtbesitzenden besteht, ist nicht in der Lage, die Produktion konsumieren zu können, und die bestehende Klasse würde im eigenen Interesse ersähen, wenn nicht Milliarden für Panzerkolosse, unrentable

Kolonialeisenbahnen, Kriegshandel vergerudet würden, Milliarden die freilich wieder vom Volke aufgebracht werden müssen und die die Hypertrophie der bestehenden Klasse durch fette Profite abermals vermehren. Oder ist es ein gesunder Zustand, daß die deutsche Kapitalistenklasse bereits 1903 nach der amtlichen Denkschrift über „Deutschlands Seereinteressen“ bereits 30 000 Millionen im Auslande angelegt hatte, während Deutschlands Proletariat darbt?

Wer für „Nationalismus“ im Sinne des völkseindlichen Militarismus, der sinnlosen, die Massen nur ausbeutenden Weltpolitik; wer für den „Nationalismus“ des ganzen die Mehrheit der Nation in Unkultur und Rechtlosigkeit erhaltenden kapitalistischen Systems eintritt, der schädigt die Nation, der schwächt das Vaterland, der hemmt die „Entwicklung des Volksgesittes“!

Und wer sich einbildet, durch Konzessionen an die herrschende, von der Ausbeutung der Massen sich bereichernde Klasse Zugeständnisse für das Proletariat erringen zu können, der übt keine andere Latz, als der Blodfressinn, der sich einbildet, durch Liebedienste für das Junkertum einer „liberalen Aera“ die Wege bereiten zu können. Ja, er treibt eine noch viel sinnlosere Politik! Denn die liberalen Vorseaner können immer noch mit einigem Grunde darauf rechnen, daß ihnen wenigstens als Preis für ihren Verrat am Volke gewisse Zugeständnisse gemacht werden. Aber Arbeiter, die die Macht ihrer Ausbeuter stärken, können nimmermehr erwarten, daß ihr selbstmörderisches Beginnen durch Zugeständnisse belohnt wird!

Totenritt.

Die Rede gegen die liberalen Wahlrechtsfreunde wird munter fortgesetzt. Das Blatt des Herrn Wiemer, den jetzt auch die „Nationalzeitung“ als sehr verständlich preist, drückt das Geschimpfe der Dresdener und Königsberger Organe zustimmend ab. Dabei muß noch einmal die bodenlose Heuchelei aufgezeigt werden, mit der da verfahren wird. Zuerst wurden die wirklich Liberalen auf dem Parteitag der Freisinnigen Volkspartei als „Nationalisten“ gehöhnt, weil sie zu viel verlangten, jetzt als schlechte Taktiker, weil sie zu wenig verlangten. Der entscheidende Punkt ist aber allein der: Was von jedem Freund des gleichen Rechts verlangt werden muß, ist, daß die Freisinnigen im bürgerlichen Lager eine Agitation entfesseln und vor allem die sozialdemokratische Agitation nicht durch Verleumdungen und Verleinerungen schwächen, sondern nach ihren schwachen Kräften unterstützen. Statt dessen sehen die „Reaktionspolitiker“ ihre Aufgabe darin, nicht nur ein Sozialdemokraten dort zu bekämpfen, wo es für sie als bürgerliche Partei begreiflich ist, sondern am heftigsten dort, wo wir für eine Forderung eintreten, die in ihrem eigenen Programm steht. Die Freisinnigen sind unter der Führung der Hirsch, Wiemer und Hirschel und nationalliberale Lager abmarschiert und genau wie die Nationalliberalen bekämpfen sie mit gleicher Heftigkeit wie uns Sozialdemokraten die letzten Reste des wirklichen Freisinn. Von den Nationalliberalen unterscheiden sich die Freisinnigen nur durch die Heuchelei, sich „entschieden“ liberal zu nennen.

Ein Beweis für diese Heuchelei ist die Art, wie der Wartsche Vorschlag bekämpft wird. Die „Königsberger Hartungische Zeitung“ scheidet darüber:

„Warts Vorschlag entpuppt sich bei näherem Hinschauen hinsichtlich seiner Wirklichkeit als ein völliger Schlag ins Wasser... Prüft man nach wirklich praktischen Gesichtspunkten die Frage, so stellt sich heraus, wie unklar, illusorisch und trübselig die Einführung der geheimen Wahl an Stelle der öffentlichen sein würde, falls sie die einzige reformatorische Reformregel bleiben würde.“

Zunächst ist es noch lange nicht erwiesen, welche Eigenschaft des geltenden preussischen Wahlrechts für die minderbemittelten Volksklassen verhängnisvoller ist, die öffentliche oder die Klassenwahl, an welcher Abänderung sie also ein absolut höheres Interesse haben.“ (Wozu wir bemerken wollen, daß unseres Erachtens kein Zweifel sein kann, daß die Abschaffung der Klassenwahl das Entscheidende ist.)

Aber sehen wir nur einmal zu, wie sich die Verhältnisse gestalten würden, wenn der Wartsche Vorschlag Annahme fände, wenn also die geheime, aber indirekte Wahl eingeführt würde. Dann wäre allerdings die Stimmgabe der Wähler sowohl wie der Wahlmänner geheim. Nicht geheim würden aber Namen und Parteihandpunkt der Wahlmänner selbst sein. Für die Stadt hat die geheime Wahl und die Parteistellung der Wahlmänner nicht die ausschlaggebende Bedeutung. Auch die Parteien der Linen würden das Gros ihrer Wähler bei öffentlicher Stimmgabe in den städtischen Bezirken für ihre Wahlmänner zur Urne bringen und um Wahlmänner nicht verlegen sein. Ganz anders auf dem Lande. Bei der notorischen Abhängigkeit der Wähler von einflussreichen Konserverativen würde an der Schwereität, Wahlmänner überhaupt zu erhalten, nichts, aber auch gar nichts durch die geheime Wahl geändert werden. Der Vorschlag Warts ist also, wenn man den Applaus bedenkt, mit dem er in die Diskussion geworfen und von den Sozialdemokraten aufgenommen worden ist, die unzulängliche politische Leistung, die man sich denken kann.“

Man kann wirklich nicht ärger schwindeln. Was das Blatt über den Wert des geheimen Wahlrechts sagt, ist ganz richtig und von uns wiederholt hervorgehoben worden! Die Abschaffung des geheimen Wahlrechts ist eine Bagatelle, eine Selbstverständlichkeit, ein Bedürfnis politischer Reife, ohne irgend welche wichtigen politischen Einwirkungen. Die Abschaffung würde den Arbeitern nicht das geringste nützen, ihre Aussicht auf Vertretung nicht bessern. Es ist auch richtig, daß die Aufrechterhaltung der Wahlmännerabstimmung jeden Effekt der geheimen Wahl wieder aufheben würde. Aber der Schwindel liegt eben darin, daß das freisinnige Organ alles dies vorbringt, um selbst diese Witzigkeit zu bereiten. Wäre dem nicht so, warum würde dann Raumanns Aufforderung nicht befolgt, warum die Freisinnsmänner nicht „auf die Schanze gerufen“ zum Kampf für die ganze Reform, für die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts? Rein, der freisinnige Schwindel ist zu durchsichtig. Damals fürstete man den Vlod zu gefährden durch Befolgung des Raumannschen Vorschlags, heute durch die Befolgung des Wartschen. Der Vlod muß um jeden Preis erhalten werden, und darum darf an das Dreiklassenwahlrecht kein einziger Preis gerührt werden. Sind dann erst die Landtagswahlen vorüber, dann kann man sich auf neue erheben, daß die „Majoritätsverhältnisse“ eine Reform unmöglich machen. Die Volkspartei hat den Wartschen Vorschlag, den wir stets als allzu bescheiden bezeichnet haben, nicht deshalb nicht akzeptiert, weil er zu geringfügig ist, sondern weil er ihr zu weitgehend war. Sie hat überhaupt nicht das geringste getan, um eine Agitation für das Wahlrecht in Gang zu bringen; sie ist zu der festesten Stütze der Junkerherrschaft in Preußen wie im Reich geworden, ist die zuverlässigste bedingungslose Regierungspartei, und hat so bewiesen, daß sie zur Vertreterin am gleichen Wahlrecht, ihrer eigenen Programmforderung geworden ist. Darüber können alle verlogenen Wanderver nicht mehr täuschen.

Für die freisinnigen Führer scheint es auf dieser Bahn keinen Halt mehr geben zu sollen. Verzeihen wir noch gektern die Stimmen der „Voll. Ztg.“ und der „Liberal. Korresp.“, daß der Liberalismus für Ausnahmestimmungen im neuen Vereinigtesch nicht zu haben sein werde, so müssen wir jetzt darauf hinweisen, daß auch hier die Wiener und Kopsch offenbar Verrat planen. Sonst wäre es nicht zu verstehen, daß die „Freis. Ztg.“ sich mit wahrer Erbitterung gegen die doch nur ehrenvolle Annahme der „Liberal. Korresp.“ zur Wehr setzt. Die „Freisinnige Volkspartei“ werde den Vorschlag aufs genaueste prüfen und sich dann entscheiden.“ Das ist die Formel für jeden Umfall.

Die Toten reiten schnell!

Ein Appell an die Einigkeit.

Paris, 2. November. (Fig. Ver.)

Der Nationalrat der geeinigten französischen Partei hat das nachstehende Manifest (dessen wesentlicher Inhalt schon telegraphisch gemeldet wurde) herausgegeben:

Der Nationalrat sieht weder in den Vorfällen von Diebien, noch im neuen Manifest einer Anzahl von Erwählten der Partei einen Anlaß, die leitenden, unantastbaren Grundfay seiner Aktion, die im Einigkeitssinn und durch die ihm folgenden nationalen und internationalen Kongresse festgelegt sind, aufs Neue auseinanderzusetzen.

Er erinnert nur an die Bestimmung des Pakt: Die sozialistische Partei ist eine Klassenpartei, die die Bergeshöhung der Produktions- und Austauschmittel zum Ziel hat. Durch ihr Ziel, ihr Ideal und ihre Mittel ist die sozialistische Partei, wenn gleich sie die Verwirklichung der unmittelbaren, von der Arbeiterklasse geforderten Reformen anstrebt, keine Reformpartei, sondern eine Partei des Klassenkampfes und der Revolution.

Was die Erklärung der Achtzehn und die Erklärung, die ihr gefolgt ist, anlangt, so erinnert der Nationalrat daran, daß niemand das Recht hat, sich an die Stelle der Partei zu setzen, um ihre Politik und Politik zu bestimmen und daß die Erwählten der Partei und die Genossen bei der vollständigen Freiheit der Diskussion in der Partei, die Möglichkeit und die Pflicht haben, ihre Anschauungen in ihren Gruppen und Föderationen, im Nationalrat und auf den Kongressen darzulegen.

Der Generalkonvent behauptet also, daß insbesondere die Verfasser der ersten Erklärung geglaubt haben, ihrem Manifest eine kollektive Form geben sollen, die die Partei über ihre Unstimmigkeit an die Einigkeit beruhigen konnte.

Was die Anträge auf ein Kontrollverfahren gegen die Genossen Basly, Goniatz und Lamendin anbelangt, so behauptet der Nationalrat, daß diese sich zu einem ministeriellen Mandat hergegeben haben, dessen Beweggründe allzuleicht zu durchschauen waren. Er behauptet auch, daß die Föderation des Pas-de-Calais nichts zu tun für notwendig gefunden hat, um einen Zwischenfall zu vermeiden, der in der Partei eine sichere Erregung hervorgerufen hätte.

Was den „Reveil du Nord“ anbelangt, der eine Politik verfolgt, die mit der der Partei in einem absoluten Widerspruch steht, so erklärt der Nationalrat, daß zwischen diesem Blatt und der Partei keinerlei Beziehung besteht.

Bezüglich der „Guerre Sociale“ nimmt der Nationalrat die Erklärung ihres Herausgebers Gen. Hervé zur Kenntnis und rechnet darauf, daß in Zukunft die „Guerre Sociale“ wie die anderen Parteiblätter die zwischen Genossen angemessene Höflichkeit bewahren wird.

Endlich fordert der Nationalrat die Gruppen und Föderationen, denen die in Frage stehenden Erwählten und Parteigenossen angehören, auf, diese dahingubringen, daß sie sich dem Zentralorganismus der Partei interpretierten Kongressbeschlüssen anpassen.

Der Nationalrat ist überzeugt, daß die lokale Annahme seiner Entscheidung die Zustimmung verheuchen wird, die ihm in der Partei entwickelt hat und daß die so in ihrer Einigkeit befestigte Partei ihren Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und gegen die Regierung, die sie repräsentiert, fortsetzen kann.

Diese Resolution ist das Ergebnis einer bewegten Verhandlung, die am Nachmittag begonnen und bis 2 Uhr nachts gedauert hat.

Es kam dabei bezeichnenderweise zu scharfen Zusammenstößen zwischen den Vertretern der verschiedenen Richtungen. Gegen Basly und Genossen lagen drei Ausschlußanträge vor. Mit besonderem Nachdruck setzte sich der Vertreter der Loireföderation für den Ausschluß ein, indem er darauf hinwies, daß man die Propaganda im Wahlkreis Briand, die vielversprechend begonnen habe, unmöglich mache, wenn man Abgeordnete der Partei mit Briand ungestraft konstellieren lasse. Die drei in die Affäre verwickelten Deputierten hatten ihre Abwesenheit entschuldigt, aber sie fanden Verteidiger in zwei Rednern des Pas-de-Calais, die einerseits auf die langjährige propagandistische Tätigkeit von Basly und Lamendin hinwiesen, andererseits repräsentative Verpfichtungen der beiden Deputierten geltend machten. Aber auch Delory und Brade meinten, man solle mit ihnen nicht zu streng ins Gericht gehen. Auch andere Parteideputierte hätten Minister empfangen. Es sei noch gar nicht langher, daß Jaurès in der Kammer die Ministerkassette Briands gerettet habe. Briand sei ein Bourgeoisminister wie die anderen.

Gegen die Unterzeichner des Manifestes sprach besonders energisch Genosse Lorin, der Vertreter der Föderation Loire-et-Cher, der auf die Unverträglichkeit einer Gruppenloyalität hinwies, die sich gegen die Parteiföderation aufschne. Genosse Deputierter Baronne suchte die Tragweite des Manifestes abzumildern, indem er meinte, es sei eine Reaktion auf die Unionsfreiheit, die Hervé ungehindert für sich in Anspruch genommen habe. Die Unterzeichner der Erklärung hätten nur ihre Meinungs-freiheit betonen wollen.

Verhältnismäßig einfach erlebten sich die Affären der „Guerre Sociale“ und des „Reveil du Nord“. Hervé gab zu, daß sein Blatt in der Polemik bisweilen über die Schranke gehauen habe und versprach für die Zukunft eine höflichere Tonart. Der Vertreter des Pas-de-Calais hatte gegen Hervé nur einen Tadel wegen dieser Kampfbart verlangt. Der „Reveil du Nord“ fand in der Partei keinen Verteidiger. Seinen Herausgeber Dele-falle, der derzeit noch sozialistischer Generalkonvent des Norddepartements ist, betreibt schon lange eine unberühmte Regierungspolitik.

Rebelin schloß in einer eindringlichen Rede die Ergebnisse der Verhandlung zusammen, die den Willen offenbart habe, das Parteireglement und die Kongressbeschlüsse als bindendes Gesetz der Partei zu erhalten. Er appellierte an die Einigkeit der Genossen. Es dürfe nicht geschehen, daß innerhalb des Parteiorganismus die alten besonderen Tendenzen sich wiederum organisieren. Renaudel brachte hierauf die Resolution ein, die mit 22 gegen 29 Stimmen angenommen wurde. Die Vertreter von 44 Föderationen stimmten für, die von 19 gegen sie. Eine Föderation enthielt sich der Abstimmung, neun waren bei der Abstimmung nicht vertreten. Die zehn Stimmen der Föderationsvertreter im Nationalrat wurden für das Manifest abgegeben. Vemerzenswert ist, daß die großen Föderationen, namentlich die des Nord und der Seine für das Manifest stimmten.

Von den anderen Beschlüssen der Versammlung ist zu erwähnen derjenige, der den Ausschluß der Deputierten zum Inhalt hat, die innerhalb eines Monats nach zweimaliger Mahnung ihrer Parteistuer nicht bezahen. Auf Antrag Dele-falles wurde ferner beschlossen, dem Grundfay der Minoritätenvertretung in den Parteiföderationen zufolge der hauptsächlich

dem Norddepartement vertretene Richtung einen Platz im internationalen Bureau einzuräumen und zwar wurde die etwas eigenwillige Lösung gefunden, daß eine Mandat Jules Guesde zu übertragen, das andere dagegen von den beiden bisherigen Vertretern Jaurès und Bailant gemeinsam und abwechselnd ausüben zu lassen. Der Nationalrat beschloß auch, bei allen Nachwahlen Parteikandidaten aufzustellen. Die damit betrauten Föderationen werden durch Entsendung von Rednern und Zuweisung von Geldmitteln unterstützt. So endete die Versammlung des Nationalrats, der die Feinde des Sozialismus frohlockend in Erwartung einer neuerlichen Spaltung, aber auch viele Parteigenossen in erster Besorgnis entgegensehen hatten, mit einer Befestigung der Parteigrundzüge und mit einem nachsichtigen Urteil über die Verhältnisse von Personen. Offenbar leidet der Beschluß einer Festlegung der Parteiverhältnisse ein. Dazu ist allerdings vor allem eine Stärkung des parteigenössischen Disziplinbewußtseins notwendig. Daß in dieser Beziehung noch manches anders werden muß, geht u. a. aus der beschämenden Tatsache hervor, daß der „Kain“, das Blatt, das jetzt den Sozialismus auf das allgemeinste bekämpft, aber besser gesagt verleumdet, infandte war über die nur den Mitgliedern des Nationalrats zugängliche Versammlung einen offenbar von einem Teilnehmern herrührenden, Wahrheit und Entstellung raffiniert mischenden Bericht zu bringen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. November 1907.

Parlamentarisches.

Der Reichstag wird am 22. November um 2 Uhr zusammentreten. Es heißt, daß ihm bis dahin der Etat, das Budgetgesetz und das Reichsvereinsgesetz vorliegen werden. Die Gesetze sollen noch vor Zusammentritt des Reichstags veröffentlicht werden. Die Bestimmungen über die Versammlungssprache im Vereinsgesetz sollen einer parlamentarischen Korrespondenz zufolge dahin gehen, daß eine nichtdeutsche Sprache in Versammlungen polizeilicherseits nicht zugelassen werden darf, wenn die Aufsichtsorgane nicht in der Lage sind, den Verhandlungen in der fremden Sprache folgen zu können. Ein absolutes Verbot des Gebrauchs fremder Sprachen in den Versammlungen wird nicht gefordert, doch will sich der Staat das Recht sichern, jederzeit Versammlungsverhandlungen beaufsichtigen zu können, um etwaige ungesetzliche Handlungen zu verhindern.

Es wird also tatsächlich eine Ausnahmerebestimmung geschaffen, die es ganz der Willkür der Regierung überläßt, ob fremdsprachige Versammlungen zugelassen werden. Man kann sich bei dem Charakter der preussischen Regierung darauf verlassen, daß damit das Koalitionsrecht der polnischen Arbeiter aufs ärgste beeinträchtigt wird. Die Arbeiterklasse, vor allem die Oberschlesien- und Rheinland-Westfalens, wird gut daran tun, möglichst rasch und möglichst energisch, die Forderung gegen diese gefährliche Bedrohung ihrer Lebenshaltung aufzunehmen.

Nach Weihnachten kommen eine Mottevorlage und wahrscheinlich neue Steuervorlagen vor den Reichstag. Außerdem liegen dem Reichstag noch Entwürfe vor über die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit, über den „kleinen Befähigungsnachweis“, über die Bestrafung der Majestätsbeleidigung, über den Unterstützungswohnsitz, ferner der Entwurf betreffend die Sicherung der Bauforderungen, Entwurf über den Versicherungsvertrag und Änderung der Vorschriften des Handelsgesetzbuchs über die Seeverversicherung, Entwurf eines Gesetzes über die Gültigkeiten.

Der Zeitpunkt, zu dem das Dreiklassenparlament seine volksfeindliche Tätigkeit aufnehmen wird, steht dagegen noch nicht fest. Er soll entweder am 26. November oder 3. Dezember zusammentreten. Vor Weihnachten sollen dem Landtage die Enteignungsvorlage für die Ostmarken und das Lehrerbefolgungsgesetz vorgelegt werden, während der Etat erst Mitte Januar und die Beamtengehältervorlagen erst Anfang Februar zur Vorlegung gelangen dürften.

Für unverhüllteste Klassenjustiz

tritt die „Kreuz-Zeitung“ ein. Sie verlangt, daß Sozialdemokraten grundsätzlich nicht als Schöffen oder Geschworene zugelassen werden sollen.

Die Frage, ob ein überzeugter Sozialdemokrat geeignet ist, im Gegenwartsstaate das Amt eines Schöffen oder Geschworenen auszuüben, drängt sich auf angesichts der Mitteilung des „Vorwärts“, daß der „Genosse“ Böbbe, Reichstagsabgeordneter für Straßburg, für die nächste Schauergerichts-session am Landgerichte Straßburg als Geschworener berufen ist. Die Frage muß verneint werden, denn die Sozialdemokratie bekämpft nicht etwa nur einzelne rechtliche Anschauungen in unserem geltenden Rechte, sondern sie stellt sich in einem vollkommenen Gegensatz zu unserer Rechts-, Staats- und Gesellschaftsordnung. Ihre rechtlichen und moralischen Anschauungen, welche so vollständig von denen der bürgerlichen Gesellschaft ab, daß es einfach unmöglich ist, hier eine gemeinsame Basis zu finden. Dazu kommt, daß die Sozialdemokratie einen ganz einseitigen Klassenstandpunkt vertritt und vertreten will, so daß es einem Sozialdemokraten nicht möglich ist, rechtlich einen objektiven Standpunkt einzunehmen. Schon die Anschauung, daß unsere Justiz reine Klassenjustiz ist, macht es unmöglich, daß ein Sozialdemokrat diese Justiz einem „Genossen“ gegenüber vertritt kann.

Für die Objektivität sozialdemokratischer Richterungen befaßlicht die Urteile der Gewerbegerichte. Aber die „Kreuz-Ztg.“ stellt einfach alles auf den Kopf! Sie stellt sich, als ob die Sozialdemokratie eine Klassenjustiz verleihe, während sie gerade die Klassenjustiz geteilt! Des ganzen Geschwätzes kurzer Sinn ist eben die dreifache, alle Rechtsgrundzüge verhöhrende Forderung, die Justizpflege bewirkt und prinzipiell zur Klassenjustiz zu machen!

Aber warum nicht? Befinden wir uns doch in der „liberalen Ära“!

Blutreden.

In Köln hat am Sonntag der Reichstagsabgeordnete Wiemer über Blodpolitik und Liberalismus gesprochen. Nach dem Bericht der „Kölnischen Zeitung“, bezeichnete der Redner als gemeinsames Ziel aller Liberalen die Niederstufung der gegnerischen Bestrebungen, die den Kapital und den Gewerkschaftssekretär zu unumschränkter politischer Herrschaft machen wollen. Mit dieser ungemein geistvollen Bemerkung hat ohne Zweifel der Redner das Zentrum und andererseits die Sozialdemokratie getroffen wollen. Die „Kölnische“ Dunderchen Gewerkschaftler, die zum guten Teil nach dem Freisinn folgen, werden von der Art, wie Herr Wiemer über die Gewerkschaftssekretäre urteilt, gewiß sehr erbaud sein.

Weiter meinte der freisinnige Blodredner, die Politik des Blods könne nicht unter dem Zeichen einer Paarung, d. h. eines Zueinanderstehens der Parteien stehen. Ihr Merkmal besteht in der Abwehr des gemeinsamen Feindes und eines Entgegenkommens der Parteien unter einander, das die Erledigung von Gesetzesvorlagen von Fall

zu Fall bezwecke. Die gemeinsamen Feinde seien die Sozialdemokratie und das Zentrum. Die Liberalen könnten nicht verlangen, daß nur liberale Gesetze gemacht werden, aber sie müßten verhindern, daß eine einseitig reaktionäre Politik getrieben werde. Die Blodpolitik müsse sich auf das Erreichen des Möglichen beschränken, aber sie verlange von den Liberalen kein Opfer an politischer Ueberzeugung. Sie werde, wie Wassermann richtig sagte, so lange dauern, wie eine verständige liberale Politik getrieben wird. Der Redner sprach sich für eine Reform der Brantweinsteuer, aber gegen eine Tabaksteuer aus. Einer Vorlage, die zur Verbesserung unserer Marine dient, würde die freisinnige Volkspartei ihre Unterstützung nicht versagen. Die Einführung des Reichstagswahlrechts in den Einzelstaaten sei eine programmatische Forderung der Partei, die sich aber nach Lage der Dinge nicht auf einmal wird durchsetzen lassen. Die Volkspartei verlange gleiches Recht für alle und ein Verschwinden jeder Begünstigung von oben für besondere Klassen und Konfessionen, sie tritt wie der Liberalismus überhaupt nicht ein für Sonderinteressen und verurteilt entschieden den von der Sozialdemokratie geförderten Klassenkampf.

Wir glauben und einer Kritik der Wiemerschen Rede enthalten zu können, wenn wir mitteilen, daß der Führer der Kölner Nationalliberalen, Professor Moldenhauer, im Namen seiner Partei dem Redner dankte „für seine vorzüglichen Ausführungen, deren Zeitgedanken auch durch aus einer nationalliberalen politischen Anschauung entsprachen“. Ausgerechnet die Kölner Nationalliberalen, die auf der tiefsten Stufe politischer Wachsartigkeit stehen, brüden den Freisinnsmann an ihr blodährnes Herz! Herr Wiemer kann es sich sparen, auch noch in einer konservativen Versammlung zu reden. Mit dem Dank der Nationalliberalen am Rhein hat er auch den Dank der konservativen Blodbrüder weg — denn einen Unterschied zwischen beiden gibt es nicht.

Die Ehre eines Gelben.

Im öffentlichen Interesse hätte, wie wir am 8. September mitteilten, die Breslauer Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung eines Vädergesellen erhoben, der wegen Kuppelei, Erpressung und Körperverletzung 2 1/2 Jahre im Gefängnis gesessen und auch außerdem verschiedene Male wegen anderer Laten Freiheitsstrafen zu verbüßen hatte. Der Väderrittgesele ist freilich Führer der „Gelben“. Die Beleidigung wurde darin geäußert, daß der Ortsbeamte des Väderrverbundes in einem Flugblatt mit Rücksicht auf die Bestrafungen den Führer der Gelben „Bubälter“ genannt hatte. Der ruchlose Verbändler war vom Schöffengericht zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt; — nur mit Rücksicht auf die völlige Unbescholtenheit des Verurteilten erklärte das Schöffengericht, von einer höheren Strafe Abstand zu nehmen. Dem Staatsanwalt erschien die Bestrafung zu gering, er legte Berufung ein und verlangte — eine Woche Gefängnis. Die erste Strafkammer des Breslauer Landgerichts hob dann auch das „milde“ Schöffengerichtsurteil auf und erhöhte die Strafe auf 100 Mark. Eine Reihe Väderrmeister, Mitglieder eines Väderrvereins usw., hatten nach der Beurteilung ihres gelben Vertrauten gleichfalls Strafantrag wegen desselben Flugblatts gestellt. Ihren Anträgen konnte das Gericht schon aus prozessualen Gründen keine Folge geben. Der wegen Erpressung, Kuppelei und Körperverletzung mit 2 1/2 Jahren Gefängnis und Erverlust vorbestrafter „Gelbe“ kann nun aber triumphierend erzählen, daß der „Schuh“ seiner Ehre von vornherein mehr „im öffentlichen Interesse“ liege, als der eines Stadtkommandanten oder Generals!

Italien.

Am Vorabend des Prozesses Rasi.

Rom, 3. November. (Fig. Ver.)

Nun endlich (am 5. November) soll die Verhandlung gegen Rasi vor dem obersten Gerichtshof beginnen. Im November 1907 wird Rasi also zur Rechenschaft gezogen für Unregelmäßigkeiten, die in die Periode vom Februar 1902 bis November 1903 fielen, und es ist noch nicht einmal gesagt, ob sich das Übergewicht prozessualer Hindernisse nicht einmal an das Verfahren hängen und den Prozeß aufhalten wird. — Es ist nämlich von einflussreicher Seite darauf abgesehen, Angeklagten und Zeugen noch die Gelegenheit zu bieten, vor dem Urteilsspruch an Altersschwäche zu sterben. . . .

Rungio Rasi ist 1896 zum ersten Male ins Parlament gewählt worden als Vertreter des Kreises Trapani. Unter Vellouz (1898) wurde er mit dem Vortessende der Posten und Telegraphen betraut, und am 15. Februar 1902 trat er als Unterrichtsminister ins Kabinett Zanardelli, in dem Giolitti die Stelle des Ministers des Innern bekleidete. Bald nach Rasis Mädrirt, der durch die Ministerkrise veranlaßt wurde, zu der Zanardellis Erkrankung führte, wurden über Rasis Geschäftsgedanken Klagen laut, die Dissolati im Februar 1904 in der Kammer formulierten. Die Vudgestommission beauftragte den Abgeordneten Saporito mit der Prüfung der Tuggets der Rasischen Verwaltung, und Saporito legte einen Bericht vor, der die aderschwerten Anklagen gegen den ehemaligen Unterrichtsminister enthielt. Er war Rasi vor, Gelder für andere Zwecke, als für die sie ausgeworfen waren, verwendet, Unterstufungen nach Gunst an nicht unterstützungsbedürftige Personen gegeben zu haben usw. Das private Sekretariat des Ministers hatte für den Zeitraum von 21 Monaten 28241,95 Lire für Vesspelen in Rechnung gesetzt — ohne irgend welchen Beleg! Der Fonds für Unterstützungen an bedürftige Volksschullehrer war um 21200 Lire erleichtert worden und man fand unter den Quittungen der Empfänger viele Namen von Leuten, die nie Volksschullehrer gewesen waren! Auch fand man mehrere Quittungen mit verschiedenen Namen aber gleicher Handschrift! —

Auf Grund der Enthüllungen des Berichts von Saporito setzte die Kammer im März 1904 auf Vorschlag des Genossen Bissolati eine fünfköpfige Untersuchungskommission ein, die zu dem Vorschlag kam, die Utten an die Staatsanwaltschaft abzutreten. Gleichzeitig wurde beauftragt, die Verhaftung des Ministers anzuordnen. Die Kammer trat beiden Anträgen bei, aber Rasi war natürlich längst im Auslande, sodas er nicht verhaftet werden konnte. . . .

Die Voruntersuchungskommission vom April 1906 beschloß nun die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Rasi und Lombardo wegen Verbrechen im Amte, Unterschleife und Urkundenfälschung. Gegen diesen Beschluß legte die Verteidigung Rekurs ein, der aber verworfen wurde, weil beide Angeklagte schuldig waren. Der Fall kam vor die Assisen, hier stellte aber die Staatsanwaltschaft selbst die Kompetenz der gemeinen Gerichte in Frage und legte ihrerseits gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens Rekurs ein, welchem vom Kassationshof Folge gegeben wurde: die gemeinen Gerichte erklärten sich für inkompetent, und die Sache kam von neuem vor die Kammer, die sie dem Senat überwies.

Am 5. November soll nun also der Senat seine Richterarbeit beginnen. Gleich von Anfang an wird er mit prozessualen Progen zu tun haben; denn die Verteidigung legt Verwahrung ein gegen die Ergänzung der Voruntersuchung, die der Senatspräsident angeordnet hat. Es handelt sich zuerst vor allem um die Frage der Unterstufungen für die „Volksschullehrer“. Diese

Sache sucht man zu vertuschen, wahrscheinlich, weil sie wiederstandlos Enthüllungen „verpricht“.

Der Senat kann nur bei Beteiligung von mindestens 50 Senatoren ein rechtskräftiges Urteil fällen. Wer an einer einzigen Sitzung nicht teilnimmt, verliert das Recht, am Wahrspruch teilzunehmen. Da nun der Prozeß mindestens 60 Sitzungen in Anspruch nehmen wird und die Senatoren alte Herren sind, ist auch von dieser Seite ein Hindernis zu befürchten.

Als Vertreter der Anklage fungieren die drei Kommissäre der Kammer. In Entlohnungszugungen sind 280 allein von der Verteidigung Rasis vorgeschlagen, 90 sollen im Interesse Lombardos gehört werden. Dazu kommen 170 Belastungszeugen. Rasi hat 10, Lombardo 3 Verteidiger. Man füge hinzu, daß beide Angeklagte wahrscheinlich ein ganz verschiedenes System der Verteidigung haben werden, und man hat ein ungefähres Bild von diesem juristischen Mattentänze.

Der oberste Gerichtshof hat zwei Angeklagte vor sich, die im Sinne des Strafrechts wohl zweifellos schuldig sind, sich aber darauf berufen werden, daß sie nicht mehr und nicht weniger getan haben, als ihre Vorgänger und ihre — — Nachfolger! Und die Regierung, die alles Interesse daran hat, Rasi freisprechen zu sehen, wird jedenfalls im Verein mit den direkt Interessierten alles aufbieten, um zu verhindern, daß der Beweis für den gewohnheitsgemäßen Verwaltungsschlehdrian gelingt. —

Rom, 5. November. Unter zahlreicher Beteiligung des Publikums wurde heute der Prozeß gegen den ehemaligen Minister Rasi vor dem Senat eröffnet. Rasi betrat den Saal in Begleitung eines Carabinieri und eines Polizisten. Der Präsident stellte die Anwesenheit von 141 Senatoren fest; dann wurde die Anklageschrift verlesen.

Indien.

Sunger!

Mahabab, 5. November. Der Beweis, daß in den Vereinigten Provinzen durch Mithern eine ernste Lage zu erwarten ist, wird durch einen Erlass des Gouverneurs erbracht, der die Notwendigkeit erkennt, Vorbeugungsmahregeln gegen eine Hungersnot im ganzen Lande zu treffen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen erstrecken sich auf die Verteilung von über 10 Millionen Rupien als Vorschuh für die Ansoße von Brunnen und zum Ankauf von Saatforn, sowie auf Aufschub der Steuerzahlungen seitens der Bevölkerung. Auch ist ein besonderer Kommissar zur Bekämpfung der Hungersnot ernannt worden. Wahrscheinlich wird die Mithern eine ebenso allgemeine sein, wie im Jahre 1896.

Die russische Revolution.

Zwei Jahre „Konstitution“.

Die nun verflorenen zwei Jahre der russischen „Konstitution“ bedeuten für das Leben Russlands eine kolossale Menge von Opfern. Zum Tode wurden von den Kriegsgerichten in dieser Zeit 2717 Menschen verurteilt, hingerichtet wurden auf Grund der Urteile dieser Gerichte 1780 Menschen; davon wurden von den Feldkriegsgerichten allein 1144 Personen zum Tod verurteilt und hingerichtet.

Zu Zwangsarbeit wurden 3878 Menschen verurteilt und zwar 3286 Personen zu insgesamt 29 523 Jahren, 605 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

Zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien wurden 502 Personen verurteilt; zu Gefängnishaft 5761 Personen auf 4286 Jahre; zu Zuchtbaus 2086 Personen auf 4196 Jahre und zu anderen Freiheitsstrafen 2845 Personen auf 4790 Jahre.

Das Zentrum der gerichtlichen Repressalien war der revolutionäre Massenkomplex; auf ihn entfielen 14 024 gerichtliche Opfer oder 80 Prozent der gesamten Opfer.

Die Stärke der richterlichen Repressalien in verschiedenen politischen Momenten dieser zwei Jahre wird durch folgende Tabelle der Todesurteile und Hinrichtungen charakterisiert:

	Zum Tode verurteilt		Hingerichtet	
	Summa	in Prozent	Summa	in Prozent
1. Vor der 1. Duma	119	18,5	92	9,8
2. Während der 1. Duma	102	42,5	40	16,6
3. Nach Auflösung der 1. Duma	1564	211,3	1909	176,8
4. Während der 2. Duma	222	64,6	72	20,9
5. Nach Auflösung der 2. Duma	713	159,8	297	66,4

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß die grausamsten gerichtlichen Repressalien — Todesurteile und Hinrichtungen — nach Auflösung der ersten Duma, in der die Feldkriegsgerichte arbeiteten, ihren Höhepunkt erreichten. Während der zweiten Duma verminderte sich die Zahl der Todesurteile und Hinrichtungen. Nach Auflösung der zweiten Duma jedoch stiegen die Zahlen wieder ganz bedeutend.

Zwei Jahre „Konstitution“ — und 1780 Todesurteile, 30 000 Jahre Zwangsarbeit und 13 000 Jahre Gefängnis! . . .

Die sozialdemokratische Fraktion der dritten Duma.

Nach den bis jetzt vorliegenden Daten sind unter den gewählten Deputierten 14 Sozialdemokraten. Im Gouvernement Petersburg ging als Vertreter der Arbeiter Genosse Poletajew, ein 33jähriger Metallbrecher, der eine Gewerkschule absolvierte, hervor. Im Jahre 1892 war Poletajew zum erstenmal wegen „politischer Verbrechen“ verhaftet worden und von jener Zeit an wiederholt politischen Verfolgungen ausgesetzt. Vom Jahre 1899 an lebte er in Berlin, wo er zwei Jahre lang in verschiedenen Fabriken arbeitete. In den „Oktobertagen“ nahm er aktiv an politischen Leben teil und war unter anderem Mitglied des Arbeiterdeputiertenrates. Im Jahre 1900 wurde er während des Prozesses des Arbeiterdeputiertenrates wegen demonstrativer Verweigerung der Anteilnahme bei der Sachverhandlung im Appellationsgericht festgenommen und bis zu seiner Verurteilung, die mit Freispruch endete, in Haft gehalten.

Im Gouvernement Moskau wurde Genosse Sacharoff, ein 29jähriger Arbeiter, gewählt. Die Arbeiterwohnkammer stellen auf ihrer Versammlung Sacharoff als Kandidaten auf und bestateten, daß außer ihm keine andere Kandidatur aufgestellt werden dürfe. Die Wahl des Genossen Sacharoff wurde mit Vellouz begrüßt. „Ja bin“, erklärte er auf der Wahlversammlung, die zum größten Teil aus „Oktobristen“ bestand, „Anhänger der sozialdemokratischen Partei und gehe in die Duma, um die Rechte und Interessen der Arbeiter dem Parteiprogramm gemäß zu verteidigen“.

Der Kausalus wird in der Duma von drei Sozialdemokraten vertreten sein und zwar von dem alten Parteigenossen Dr. jur. Gegetskori (Gouv. Kurland), von dem Parteischristeller Dr. Tschcheidts (Gouv. Tiflis) und von dem Ingenieur Gaidaroff (Laglanisches Gebiet). In den Verichten der Telegraphenagentur galt letzterer als „gemäßigter Progressist“.

Berner wurden gewählt: Kusnezoff, Arbeiter (Gouv. Jelaterinoglav), Kirovchanow (Gouv. Wjatska), Skurloff, Arbeiter (Gouv. Kozlroma), Potrowsky (Gouv. Orenburg), Polanoff (Gouv. Saratoff), Jegoroff, Arbeiter (Gouv. Perm), Koforotoff (Gouv. Ufa), Boronin, Arbeiter (Gouv. Wladimir) und Schurlanoff, Arbeiter (Gouv. Charkow).

Die weiteren Wahlen können eine bedeutende Vermehrung der Anzahl der Sozialdemokraten nicht bringen, so daß die sozialdemo-

fraktische Fraktion in der dritten Duma wahrscheinlich 15—17 Mitglieder zählen wird.

Zum Prozeß der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma.

Auf Beschluß des Petersburger Bezirksgerichts erließ der Petersburger Stadthauptmann eine Verfügung an die Polizei betreffs Ermittlung der des Hocherrats angeklagten ehemaligen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma: Aleginski, Gurus, Schugel, Sibiliew, Suraboff, Komar, Kosmodemjanskij, Mandelberg, Nitroff, Nestoroff, Dloj, Bjarn, Romanoff, Saltzoff, Serebrjakoff, Tatarinoff und Schapagin.

Der Gurko-Prozeß.

Petersburg, 5. November. Heute vormittag begann vor dem höchsten Gerichtshof der Prozeß gegen den früheren Gehilfen des Ministers des Inneren Gurko. Der als Zeuge geladene frühere Gouverneur von Nischni Nowgorod Baron Frederiks ist unentschiedigt ausgeblieben. (1) Als Zeugen sollen ferner vernommen werden Ministerpräsident Stolypin und Finanzminister Kozlowoff. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich der Angeklagte der Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse und der Vernachlässigung seiner Dienstpflichten zum Nachteil der Staatsinteressen schuldig bekenne, gibt dieser eine verneinende Antwort. Er gibt aber zu, daß er mit seiner im amtlichen Nachrichtenblatt gegebenen Erklärung vollständig im Irrtum gewesen sei, als er bestätigte, daß der mit Getreidelieferungen für die Armee betraute Kaufmann Sidal seinen Vertrag in lokaler Weise erfüllt habe.

Gewerkschaftliches.

Wieder eine zerstörte Terrorismlüge.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Bekanntlich stammten nach dem Scheitern des Statutentwurfes für den Bochumer Anknappschäftsverein die „nationalen“ Wochenschriften ein großes Geschrei an über den angeblichen „Terrorismus der sozialdemokratischen Kellereien“. Sie sollten die namentliche Abstimmung „erzwingen“ haben, um durch sie die „willigen“ Kellereien einzuschüchtern und das Statut unter allen Umständen zu Fall zu bringen. In der Generalversammlung erst seien die „sozialdemokratischen Kellereien“ plötzlich mit einem ganz neuen Antrag hervorgetreten, auch nur, um eine Verständigung zu verhindern. Der Zweck der Uebung sei lediglich Schürung der Unzufriedenheit, Vorbereitung zu einem großen Streik, parteipolitische Demonstration.

Man kann sehr gut begreifen, warum die „nationale“ Presse die Kellereien dafür tabelt, daß sie dem Entwurf der Werksbesitzer nicht unbedenken zustimmten. Kommt nämlich ein Zwangsstatut, dann wird es auch alle arbeiterentworfenden und arbeiterfeindlichen Bestimmungen enthalten, die der Dreiklassenwahl-Landtag in die Anknappschäftsstatute hineingearbeitet hat. Dieses versuchte Gesetz hat Bülow im Frühjahr d. J. noch gelobt als ein Stück seiner Sozialreform. Was sie für die betrogenen Vergelute bedeutet, würden diese ohne weiteres durch ein Zwangsstatut zu spüren bekommen. Daher die Angst der „Nationalen“ vor der Demaskierung ihres Vergarbeitertruggesetzes. Darum ihre sinnlose Denunziationswut gegen die Anknappschäfts-Kellereien, deren ablehnende Haltung lediglich pflichtgemäß ist. Wenn es den Kellereien und den Vergarbeiterführern auf die Erwerbung politischer Leidenschaften ankäme, so würden die Arbeitervertreter sich überhaupt keine Mühe gegeben haben, den ersten, allermiserabelsten Statutentwurf zu verbessern, sondern hätten ihn abgelehnt, um die „nationale Sozialpolitik“ voll auf die Vergarbeiter wirken zu lassen. Der „Stern des Bülow-Blodes“, die Konservativen und Nationalliberalen, sind es ja gewesen, die im preussischen Landtage ihrem maßlosen Arbeiterhaß die Bügel schieben ließen, indem sie sogar die sehr mäßige Regierungsvorlage noch verhungten. Nicht, wo die politischen Folgen dieser Untat zu fürchten sind, schmähst man Arbeitervertreter, die sich bemühen — eigentlich zugunsten der Bülow-Sozialpolitik! —, die Gesetzeshürden soviel wie möglich abzumildern.

Wenn den über die von den Kellereien für sich selbst beschlossene namentliche Abstimmung entrüsteten Wochenschriften die Liebe zur geheimen Abstimmung so tief im Herzen sitzt, weshalb haben sie sie denn nicht geschicklich vorgeschrieben für die Kellereiwahlen? Die Regierungsvorlage enthält diese Vorschrift, aber die „Nationalen“ haben sie gestrichelt! Das kennzeichnet ihre „Entrüstung“ über die öffentliche Abstimmung als pure Heuchelei.

Da auch in linksliberalen Blättern ein Lamento über die „grundloslose, terroristische Sozialdemokratie“ angestimmt wurde, nur weil die angeblich „sozialdemokratischen Kellereien“ den anderen die namentliche Abstimmung „aufgezwungen“ haben, so trifft es sich gut, daß eine Stimme hörbar wird, die auch den Wochenschriften unverdächtig sein muß. „Der Vergarbeiter“, Organ des Gewerksvereins der deutschen Vergelute Hirsch-Dunder, nimmt in seiner Nummer vom 2. November Stellung zu den Anschuldigungen gegen die Anknappschäfts-Kellereien. Redakteur des Blattes ist Herr Hammacher, der als Mitglied der Siebener-Kommission genau mit allen Einzelheiten der Statutenberatung vertraut ist. Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine stehen im Bannkreis der freisinnigen Partei, also eines Bestandteiles des Bülow-Blodes. Um so wertvoller ist, was der Führer des Hirsch-Dunderschen Vergarbeitervereins über den „Terrorismus der Sozialdemokratie“ schreibt. Herr Hammacher erklärt in seinem Blatt:

„Ferner wird den Arbeitervertretern zum Vorwurf gemacht, sie hätten es fertig gebracht, den bisher in der Anknappschäfts üblichen Modus der geheimen Stimmabgabe über den Haupten zu werfen und an seiner Stelle die öffentliche Stimmabgabe durchzudrücken.“

Herr Dr. Hugo Wöltcher schreibt darüber nach „D. A. Ztg.“ im „Tag“:

„Die Grundlosigkeit der Sozialdemokratie, mit der sie den Terrorismus sogar über demokratische Programmforderungen hinweg läßt, wird dadurch aufs neue offenbart, daß sie in der Sitzung des Anknappschäftsvereins die öffentliche Stimmabgabe durchgedrückt hat. Die sozialdemokratischen Vertreter des alten Verbandes warfen den bisherigen Abstimmungsmodus der geheimen Abstimmung um und setzten namentliche, das ist öffentliche Abstimmung durch, nur zu dem einen Zweck, ein Abweichen von der sozialdemokratischen Parole zu hindern und den Andersdenkenden das Recht der freien Meinung abzuschneiden.“

Und hier muß wieder der Vorwurf, die Sozialdemokratie habe die öffentliche Stimmabgabe durchgedrückt, ganz entschieden zurückgewiesen werden. Die Sozialdemokratie hat mit der Stellungnahme der Vergarbeiter zu dem neuen Statut nichts zu tun, die nichtsozialdemokratischen Kellereien und Vergarbeiterorganisationen würden sich jeden Versuch nach dieser Seite hin auch ganz energisch verbitten. Werft man denn gar nicht, daß bisher nur das rein bergmännische Vorgehen ein einheitliches Handeln der verschiedenen Organisationen überhaupt ermöglicht hat?

Nicht die Sozialdemokratie hat die öffentliche Stimmabgabe durchgedrückt, sondern die namentliche Abstimmung wurde von den Kellereien aller Richtungen in einer gemeinschaftlichen Konferenz beschlossen.

dagegen erhob sich keine einzige Stimme. Auf dieser Konferenz waren auch solche Kellereien anwesend, die in der Generalversammlung für das Statut gestimmt haben, also auch diese hatten gegen die namentliche Abstimmung keine Bedenken. Die Kellereien haben sich also aus freiem Willen die namentliche Abstimmung zur Pflicht gemacht, indem sie glaubten, dieses ihren Wählern schuldig zu sein. Wie stand es denn in dieser Beziehung früher bei den Abstimmungen mittels Stimmzetteln? Ein Teil der Kellereien verstand sich hinter den Stimmzettel und verschleierte ihr wirkliches Verhalten bei der Abstimmung, sie führten also ihre eigenen Wähler und ihre Kollegen hinter das Licht, um der Kritik aus dem Wege zu gehen. Mit diesem unwürdigen Zustand haben die Kellereien dieses Mal aufgeräumt, und das war ihr gutes Recht. Die Anknappschäfts-Kellereien des Ruhrbezirks haben als Ehrenmänner gehandelt. Es gab viele alte Invaliden unter ihnen, die durch Annahme des Statuts finanzielle Vorteile erzielt haben würden, sie haben aber aus Solidaritätsgefühl gegenüber solchen Kameraden, die durch die Annahme direkt geschädigt worden wären, darauf verzichtet.“

Damit ist wieder eine Terrorismlüge gründlich zerstört. Der Reichslügenverband wird zwar fortfahren, auch diesen „Terrorismus“ zu verwerten, aber für anständige Leute ist der Schwindel erledigt. Der Hirsch-Dundersche Führer konstatiert ausdrücklich, daß die Sozialdemokratie mit der ganzen Statutengeschichte nichts zu tun hat und nicht ein Schatten von Bergewaltigung vorliegt. Das genügt uns vollkommen.

Hinzufügen müssen wir, daß durchaus nicht immer in den Generalversammlungen des Anknappschäftsvereins mit Stimmzetteln abgestimmt worden ist. Vielmehr ist die öffentliche Abstimmung durch Handaufheben oder Aufstehen mindestens ebenso oft geübt worden. Bisher ist das noch nicht als „Terrorismus“ verworfen worden. Jetzt auf einmal soll es anders sein, weil die Kellereien beschlossen, den parlamentarischen Brauch der namentlichen Abstimmung zu üben.

Deutsches Reich.

Werbet nicht Streikbrecher! Es wird vielfach das Gerücht verbreitet, die Ausperrung im Reihner Granitwerk! Caswald Köhler, Reichen i. S., sei beendet. Das ist erfunden! — Wir stellen hiermit fest, daß die Ausperrung bei genannter Firma nach wie vor weiter besteht. Herr Köhler hat neuerdings von unparteiischen Personen angebotene Einigungsversuche strikte abgewiesen. Herr Köhler weigert sich nach wie vor, organisierte Arbeiter einzustellen. Durch die ungläublichsten Antrengungen versucht Herr Köhler Arbeitswillige zu bekommen. Nach allen Himmelsrichtungen hat er seine Streikbrecheragenten geschickt. Bisher nur mit sehr wenig Erfolg. Die Ausperrung dauert bereits 19 Wochen. Arbeiter allerorten, laßt Euch nicht durch Versprechungen verleiten, Arbeitswilligendienste zu nehmen! Hinzu mit den Streikbrecheragenten, wo sie sich bilden lassen! Es gilt, Euer höchstes Recht, das Koalitionsrecht, zu schützen! Das Gewerkschaftskartell zu Reichen. Richard Thieme, Vorsitzender.

Christliche Weibe.

Vor einigen Wochen berichteten wir über Machenschaften der „Christlichen“, die mit Hilfe von Verlobten und Unternehmern in Bielefelder Fabrikbetrieben als Arbeitswilligenkolonnen sich festzusetzen beabsichtigten. Mit einem großen Aufwande von fittlicher Entrüstung besprachen damals die Organe der Stöcker-Christen und andere fromme Blätter die von uns gemachten Mitteilungen. Auch die Christlichen würden bei einem Streik ihren Mann stellen,“ proklamierten sie. Jetzt nun haben die im christlich-sozialen Metallarbeiterverbande organisierten Weiben den Beweis geliefert, wie sehr recht wir hatten, als wir behaupteten, daß sich die Leute von dem Fabrikanten Goeride zu jedem Streik gegen ihre Mitarbeiter gebrauchen lassen würden.

Der Bevollmächtigte des christlichen Verbandes hatte der Firma nach und nach etwa 100 Arbeiter vermittelt. Bedingung war: Mitgliedschaft im „christlichen“ Verband — andere Arbeiter wurden nicht eingestellt. Nun glaubte die Firma den Zeitpunkt gekommen, um offen gegen den Metallarbeiterverband vorzugehen. Die alten Arbeiter wurden zu Feierschichten gezwungen, während jeden Tag Neueinstellungen erfolgten. Man wollte auf diese Weise die alten Arbeiter zum freiwilligen Aufhören veranlassen. Besonders hatte man es auf die Vertrauensmänner der Organisation sowie auf die Arbeiterauschussmitglieder abgesehen. Einem Arbeiterauschussmitglied entzog man die Affordarbeit, bei welcher ein Tagelohn von etwa 5 M. zu erzielen war, und wies ihm eine Beschäftigung als Zuschläger zu, für die pro Stunde 35 Pf. bewilligt waren. Angeklagt sollten diese Bedingungen mit der Auflösung des Kolonnenwesens in Zusammenhang stehen, in Wirklichkeit ist aber zwar eine alte Kolonne aufgelöst, dafür aber eine neu „christliche“ gebildet worden, welche die Fahrtrabvordergabel um etwa 16 Proz. billiger anfertigt. Dem Vorsitzenden des Arbeiterauschusses, welcher einige Tage krank war, entzog man die Hälfte seiner Arbeitsmaschinen und damit die Hälfte seines Verdienstes, obgleich die Fabrikordnung ausdrücklich besagt, daß dem erkrankten Arbeiter nach seiner Wiederherstellung das Recht zusteht, seine alte Arbeit zu beanspruchen. Die persönlichen Beschwerden der Gemögerten wurden zurückgewiesen, Verhandlungen mit dem Arbeiterauschuss oder mit einer Deputation der beteiligten Arbeiter abgelehnt. Da aber die Arbeiter sich die offenen Verletzungen der Fabrikordnung nicht gefallen lassen konnten und wollten, beschloßen sie einmütig den Streik. Und nun zeigten sich die angeblichen „Christen“ in ihrer ganzen Glorie: Es blieben nicht nur die drei oder vier „christlichen“ Dreher stehen, sondern die in anderen Abteilungen beschäftigten „Christlichen“, Schlosser und ungelernete Arbeiter, besetzten auf Geheiß der Fabrikleitung die von den Streikenden verlassenen Wände. Ja, noch mehr: Die Leute ließen sich von der Firma als Arbeitswilligenagenten benützen und bemühen sich heute, auch von außerhalb Arbeitswillige heranzulocken. — Um ihren schmählichen Verrat zu bemängeln, müssen die Leute zu den unglücklichsten Lügen greifen, die sie in ihren Preßorganen verbreiten. Das wird ihnen indessen nichts nützen; sie bleiben gerichtet als Arbeitswilligenkolonnen, deren Verhalten auch von den borniertesten Selben nicht übertroufen werden kann.

Ein Appell an den Familienstern der — Reeder.

Zu den rücksichtslosesten Ausbeutern gehören bekanntlich die Hamburger Reeder, welche ihre Hafenarbeiter als Arbeitsmaschinen betrachten, die sie bis zum 1. Oktober d. J., an dem ein neuer Lohn- und Arbeitstaxi in Kraft getreten ist, bis 86 Stunden und darüber hinaus in „Bewegung“ halten durften. Dah unter diesen Umständen ein Familienleben bei den Schanerleuten usw. so gut wie ausgeschlossen war, sieht diese Ausbeuterstippe nicht an. In noch größerem Maße, als bei den Hafenarbeitern, liegt das Familienleben der Seeleute im Argen. Durch Enquete zum Zwecke der Vorbereitung zur Witwen- und Waisenversorgung der Seeleute ist festgestellt worden, daß von den 40 000 deutschen Seeleuten rund 10 000 verheiratet sind. Monatlang bekommt der verheiratete Seemann seine Familie nicht zu sehen, und befindet sich das Schiff im Heimatshafen, so muß er laut Hafenroutine von morgens 6 bis abends 6 Uhr arbeiten, bei „Notarbeiten“ entsprechend länger. Da die verheirateten Seeleute größtenteils an der Peripherie der Stadt wohnen und zudem noch viel Zeit verloren geht, um vom Schiff an Land zu kommen, so hat eine Organisation der Seeleute ausgedacht, daß die verheirateten Kollegen nur von abends 8 bis morgens 4 Uhr im Hause sein können, mithin ihre Kinder nur schlafend zu sehen bekommen. Diese Organisation klagt weiter, daß auch Sonntag im Hafen viel gearbeitet werden muß. Es ist der „unabhängige Seemannsverband“, eine „gelbe“ Organisation, die im nautischen

Organ „Gausa“ die Herzen der Reeder zu röhren sucht, diese Zustände durch die Herabsetzung der Arbeitszeit im Hamburger Hafen um 1 1/2 Stunden — von 10 auf 8 1/2 Stunden — abzumildern, wobei unter anderem ausgeführt wird: „... Der Mangel eines geordneten Familienlebens, das schreckliche Jagen und Hasten, die Unruhe, alles das macht uns unzufrieden mit unserem Schicksal, milder Widerstandsfähig gegen Verlockungen zu unvollem Lebenswandel und damit machtloser gegen Versuchungen aus solchen Kreisen, die nicht unser Bestes wollen.“ Die Reeder, die erst vor kurzem erklärt haben, den berechtigten Wünschen der Seeleute nachkommen zu wollen, haben nun, da ihre „Weiben“ auch schon unzufrieden sind, Gelegenheit ihre Worte in Taten anzuzusehen.

Auf dem Wege zur Einheit.

Die Leipziger Notensteher haben zu der Frage der Verschmelzung mit dem Verbands der Lithographen und Steinbruder Stellung genommen. Wenn auch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes hinreichend gesichert sei, so müsse dem Zuge nach Konzentration zur Kräftigung der Schlagfertigkeit gegenüber den Unternehmern nachgegeben werden, zumal da die Notendrucker schon im Lithographenverbande organisiert seien. Mit 109 gegen 56 Stimmen wurde der Vorstand beauftragt, Verhandlungen mit den Lithographen anzubahnen.

Arbeiter und Professor.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Dresden, 4. November 1907.

Sie haben in der Ausgabe Ihres Organs vom 20. Oktober d. J. in dem Artikel „Arbeiter und Professor“ mir den Vorwurf gemacht, daß ich bei Ausführung der mir in meinem Berufe übertragenen Privatarbeiten mich in umfangreichem Maße der Hilfe von Kunstgenossen bediene.

Ich erkläre hierdurch, daß ich für meine Privatarbeiten keine Schüler beschäftige, und fordere Sie demgemäß auf, in Gemäßheit von § 11 des Gesetzes vom 7. Mai 1874 diesen Artikel durch Abdruck gegenwärtigen Briefes in Ihrem Organe dahin zu berichtigen: „daß ich für meine Privatarbeiten keine Schüler beschäftige und alle daraus gezogenen Folgerungen daher hinfällig sind.“

H. Groß, Agl. Professor.

Der Herr Professor scheint unseren Artikel schlecht gelesen zu haben. Nicht wir haben ihm die in dem Artikel mitgeteilten Vorwürfe gemacht, sondern die Dresdener Bildhauer. Was wir getadelt haben, ist, daß der Herr Professor den Bildhauern Ratsschläge — nicht einmal gute Ratsschläge — statt einer befriedigenden Antwort gab; Steine statt Brot! Das bestreitet der Herr nicht.

Freisinnige bei uns zu Gaste.

Verlorene Liebesmüh! war es, die am Dienstag in unserer Kommunalwählerversammlung für die Wahlbezirke 22 und 23 (Andreas-Festale) von freisinnigen Gästen aufgewendet wurde. Stimmen für den Freisinn zu werden. Die Herren hatten sich in ziemlich beträchtlicher Zahl eingefunden, um den Berliner Kommunalfreisinn gegen die Angriffe der Sozialdemokratie zu verteidigen. Uns kann's nur recht sein, wenn Freisinnige in unsere Versammlungen kommen; sie selber ziehen es vor, Sozialdemokraten von ihren Versammlungen möglichst fernzuhalten und hinter verschlossenen Türen zu tagen. Leider waren mehrere dieser freisinnigen Gäste ungenug genaug, während des Referates unseres Genossen Heimann fortgesetzt an ihren Tischen so laute Privatgespräche zu führen, daß sie mehrfach zur Ruhe verwiesen werden mußten. Schließlich aber erzielte der Redner durch seine fesselnden Ausführungen auch bei ihnen die Wirkung, daß sie ihm mit gespannter Aufmerksamkeit folgten. In der Diskussion versuchten ein paar Freisinnsanhänger, zu entgegnen. Sie wurden aber so gründlich abgefertigt, daß sie die Erkenntnis mit nach Hause genommen haben dürften, ihrer Sache mehr geschadet als genützt zu haben. Der Ausgang des Wahlkampfes, der am heutigen Tage durchgeführt werden muß, wird den Berliner Kommunalfreisinn darüber belehren, daß er im vierten Reichstagswahlkreis nichts mehr zu erwarten hat. Die Wähler der Kommunalwahlbezirke 22 und 23 werden keine anderen als die Kandidaten der Sozialdemokratie als ihre Vertreter ins Rathaus entsenden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Prozeß Nafis.

Rom, 5. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die heutige Verhandlung im Nafisprozeß ist ohne Zwischenfälle verlaufen. Nafis lange Vertheidigungsrede wirkte trotz ihrer eleganten Form ermüdend, weil sie sich allzusehr in Einzelheiten verlor. Anscheinend verzichtet die Verteidigung auf prozessuale Winkelszüge, was den Prozeß bedeutend abkürzen dürfte.

Die Unternehmer wollen keinen Frieden.

Danzig, 5. November. (B. Z. B.) Die seit dem 28. Oktober streikenden Holzarbeiter, welche eine Lohnhöhung fordern, haben das Gewerbegericht angerufen, zwischen ihnen und den Arbeitgebern eine Einigung herbeizuführen. Auf eine diesbezügliche Anfrage seitens des Gewerbegerichts bei den Arbeitgebern erklärten diese, nach Kräften alles getan zu haben, um ihre Arbeitnehmer zu befriedigen. Von einer Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt müßten sie infolgedessen Abstand nehmen. Der Streik dauert fort.

Mehr Löhnung.

Wien, 5. November. (B. Z. B.) Abgeordnetenhause. Das Haus nahm den Dringlichkeitsantrag Stenier an, der die Regierung auffordert, mit dem Kriegsministerium wegen Erhöhung der Offiziersgehälter und Aufbesserung der Mannschafts-Löhnung um fünf Heller in Fühlung zu treten und binnen vier Wochen dem Hause über das Ergebnis der Verhandlungen Bericht zu erstatten. Der Landesverteidigungsminister nahm freundschaftlich an der Verhandlung teil.

Und der König absolut . . .

Wien, 5. November. (B. Z. B.) Einem Kommuniqué zufolge erschienen heute die Abgeordneten Pechla und Waldner beim Ministerpräsidenten und überreichten ihm eine in der Sitzung der deutschen Agrarpartei beschlossene Resolution, in der die deutsche Agrarpartei gegen die beabsichtigte Ernennung des Abgeordneten Prafel zum Ackerbauminister entschiedene Stellung nimmt und die rücksichtslosesten Konzeptionen aus dieser Ernennung zu ziehen ankündigt. Sie beharrt auf ihrem wiederholt ausgeprägten Standpunkt, daß der gegenwärtige Ackerbauminister Auerberg in seiner Stellung erhalten bleibe und protestiert dagegen, daß das Ackerbauministerium zu einem politischen Abfindungsobjekt gemacht werde.

Des Fischers Grab.

Brest, 5. November. (B. Z. B.) Die neufundländischen Fischer haben eine schwere Katastrophe erlitten; vier Fischerboote sind gesunken, darunter eins mit 18 Mann Besatzung. Es ist dies die größte Katastrophe, welche seit langer Zeit zu verzeichnen gewesen ist, sowohl in bezug auf die ungelungene Mannschaft wie auf das vernichtete Schiffsmaterial.

Der Boykott gegen Jandorf und das Warenhaus des Westens.

Die Wirkung

Der Boykott tritt immer mehr zutage. Namentlich in dem Kaufhaus am Kottbuser Damm sieht es zu Zeiten recht öde aus. Der Herr Einkäufer des dortigen Geschäftes, dem wir schon mehrfach das Lob des treuen Fridolin singen mußten, macht denn auch die fabelhaftesten Anstrengungen, den Bankrott der Firma hintanzuhalten. Er begibt sich in Verkleidungen aller Art auf die Straße, um so die Zettelverteiler besser zur Strecke bringen zu können. So verhielt er unter anderem auf sie im Schmuck eines Jägerhutes, später wieder in anderer Verkleidung. Vielleicht kommt die Firma einem dringenden Bedarf entgegen und errichtet in ihrer Filiale Kottbuser Damm auch eine Maskengarderobe. Das wird auch in den anderen Geschäften schon deswegen notwendig sein, weil die sible Raune der Vorgelegten sich teilweise durch die Anstellung von „Nasen“ bemerkbar macht. Statt das schlechte Geschäft ganz richtig auf den Boykott als Ursache zurückzuführen, werden den Angestellten Vorwürfe über den geringen Umsatz gemacht. Man schreibt diesen ganz einfach der „Unfähigkeit“ der Einzelnen zu.

Die kleinen Geschäftsleute

fangen jetzt an, der Sache Geschmach abzugewinnen. Sie reiben sich stillvergnügt schmunzelnd über die Not des sonst so übermächtigen Konkurrenten die Hände und wünschen, daß der Boykott mindestens noch bis Weihnachten dauern möge. Wenn Herr Jandorf nicht nachgibt, haben sie alle Aussicht auf Erfüllung ihres Wunsches.

Begreiflich wird das Verhalten dieser Geschäftsleute namentlich der Nahrungsmittelbranche, wenn man weiß, daß die Artikel dieser Abteilung fast ohne Gewinn abgegeben werden. Das liegt, wie uns ein Einkäufer der Firma Jandorf aus seiner Praxis mitteilt:

- 1. daran, daß Lebensmittel, selbst in großen Posten, meist nur sehr wenig billiger einzukaufen sind, als solche von kleinen Geschäften eingekauft werden;
2. an der Warenhaussteuer, die 2 Proz. beträgt, und die der Kleinkaufmann nicht hat, und
3. daran, daß die Lebensmittelabteilung ständig Schlager, d. h. Zugartikel für das Haus bringen muß, an denen entweder nichts verdient oder Geld zugeföhrt wird!

Mit solchen Mitteln arbeitet der kleine Kaufmann nicht und so kommt es, daß er bald mit dieser bald mit jener Ware aufscheindend „nicht konkurrenzfähig“ ist. Dem Publikum kann man es nicht verdenken, wenn es diese Umstände für sich ausnützt, dem kleinen Geschäftsmann aber auch nicht, wenn er sich freut, daß Umstände eingetreten sind, die solche Lockmittel unwirksam machen.

Der billige Jakob — kein Jandorf!

Es ist unglaublich, was jetzt von der Firma Jandorf an billigen Waren angeboten wird. So werden in einem Warenhause der Firma drei billige Strumpfstübe angeflündigt. Nach den Reklamezetteln, die in den Häusern verbreitet werden, sind die Preise durch die Bank auf die Hälfte ermäßigt. Ist Herr Jandorf schon so in die Wolle geraten, daß er durch Verkauf derselben unter Verlust die Fänge des Publikums und das Interesse desselben an seinem Geschäft warm zu erhalten versucht?

Alle seine Angestellten könnten Herrn Jandorf nicht so viel Schaden verursachen, wie er ihn jetzt ohne Erfah durch eine Konventionstrafe sich selbst verursacht!

Sogar sechs billige Theater-Vorstellungen veranstaltet der selbstlose Herr jetzt für seine Kundschaft! Während Herr Jandorf Tränen weint über das verdorbene Geschäft, darf die Kundschaft im Theater an der Spree Tränen lachen!

Statt ihren Angestellten gerecht zu werden, arbeitet die Firma unter schlechten Verhältnissen an dem eigenen Ruin!

Die Berliner Arbeiterschaft kann diese Art des Kampfes gern mit ansehen. Sie wird nicht müde werden, denselben fortzuführen und gelegentlich durch neue Ueberraschungen zu verschärfen!

Aus der Partei.

Gemeinderatswahltag in Westfalen.

Gegen (Ruhr), 5. November.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl der dritten Klasse siegten die Genossen Freil und Donath mit 623 und 506 Stimmen über den bürgerlichen Mißmach, dessen Kandidaten 315 und 321 Stimmen erzielten.

Eine Konferenz der Gemeindevertreter Elßah-Lothringens wurde am Sonntag, 3. November, in Colmar abgehalten. Sie war von 31 Gemeindevertretern besucht. Genosse Seiler-Strasbourg sprach über die Stellungnahme zum Gemeindefudget. Er ist entschieden für die Ablehnung des Budgets. Diese soll eine Abgabe an den Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft bedeuten. Zur Ablehnung zwingt uns die Verquickung der Kultusfragen mit den eigentlichen Gemeindefaufgaben, die Verstreitung der Konsumtionskosten bei Einquartierungen usw. aus dem Gemeindefudget, die Behandlung der Steuerfragen, die bürgerliche Grund- und Boden- und Wohnungspolitik. Eventuell von der Regierung und durch Gesetz geforderte Pflichtausgaben dürfen für uns nicht maßgebend sein. Die Ablehnung des Budgets bildet einen Protest gegen solche Ausgaben. Der Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft müsse durch die Ablehnung des ganzen Budgets, nicht nur einzelner Teile bekämpft werden. Genosse Böhle als korrekterest betrautet die Budgetfrage nicht als eine prinzipielle, grundsätzliche, sondern als eine praktische und taktische Frage. Da wo wir in harter Minorität seien, könnten wir den Gegnern Konzeptionen abtrotzen und Einsitz auf die Befegung der Bürgermeister- und Beigeordnetenstellen erlangen. Bei der Abstimmung komme es darauf an, wie das Budget aussehe. Bei den einzelnen Positionen, wie Kultus usw., sei natürlich dagegen zu stimmen, sonst aber könne man, wenn im Budget die Vorteile überwiegen, für dieses stimmen. Genosse Emmel bemerkte, die Budgetfrage sei eine taktische Frage, bei deren Behandlung ein

Prinzip mitzureden müsse. In den Gemeinden seien die Verhältnisse nicht wie im Staate. Mit leeren Demonstrationen sei gegen die Pflichtausgaben nicht anzukämpfen. In der weiteren Diskussion traten sich noch verschiedene Redner für und gegen die Budgetbewilligung aus. Mit den Schlussworten der beiden Referenten, die nochmals ihren Standpunkt präzisierten, wurde die Frage verlassen. Einen definitiven Beschluß hielt man für zwecklos.

Dann hielt Genosse Perrot-Strasbourg ein Referat über die Gemeindefsteuerreform in Elßah-Lothringen. Die Beratung endete mit der Annahme einer Resolution, die eine zeitgemäße und gerechte Umgestaltung des Steuergesetzes fordert. Zum Schluß wurde darauf hingewiesen, bei den Gemeindefwahlen im nächsten Jahre die Beschlüsse der Landesversammlung zu beachten, daß im ersten Wahlgange nur reine, geschlossene Parteilisten aufgestellt werden.

Vom Fortschritt der Presse. Ueber dreitausend neue Abonnenten hat das neue Parteiblatt für Essen, die „Arbeiterzeitung“, gegen den Abonnentenstand des bis dahin aus Dortmund bezogenen Kopfbattes gewonnen. Eine fünfjährige eifrige Agitationsarbeit der Essener Genossen hatte dieses erfreuliche Resultat. Wir wünschen weiteren guten Fortschritt.

Unsere Toten. Eine würdige und gewaltige Trauerkundgebung haben die Genossen Elßah-Lothringens bei der Beisetzung des Genossen Schleicher zu Mey veranstaltet. Gegen 2000 Personen beteiligten sich an der Beerdigung. Viele tausende standen in den Straßen, durch die sich der Zug bewegte. In auswärtigen Delegationen waren erschienen: Genosse Schmitt-Strasbourg vom Elßah-Lothringens Landesvorstande, eine Delegation des Wahlvereins Saargemünd, 20 Genossen aus dem Wahlkreis Diederhofen. Sämtliche Delegationen sowie das Gewerkschaftsamt und der Sozialdemokratische Wahlverein zu Mey und der Freidenkerverein, dem der Verstorbene als Vorstandemüßlich angehörte, sandten Kränze. Eine Musikkapelle eröffnete den Zug. Ansprachen hielten der Genosse Schwarz, zweiter Vorsitzender des Wahlvereins Mey, Genosse Kunsamm für das Gewerkschaftsamt, Genosse Schmitt für den Landesvorstand, Herr Wolf für den Freidenkerverein.

Die Straßburger „Freie Presse“ hat dem Verstorbenen einen warm empfundenen ehrenden Nachruf gewidmet, in dem es hieß:

Zu früh wurde der erst 40 Jahre alte treffliche Kämpfer dem trauernden Proletariat Lothringens entzogen. Seit längerer Zeit war er herzlichen, zwei rasch aufeinanderfolgende Wundstöße bereiteten einen Herzschlag vor, dem der unermüdbare selbstlose Kämpfer in die Sache des Volkes erlag. Genosse Schleicher war im Jahre 1888 in Saarlouis geboren, im selben Jahre noch zogen seine Eltern nach Mey. Hier erlernte er nach Entlassung aus der Volksschule das Schuhmacherverhandwerk, das er aber nicht weiter betrieb. Er verdiente sich als Reisender sein Brot. Bald machte er Bekanntschaft mit den Ideen des Sozialismus. Er sollte aber auch die Macht des Kapitals verspüren. Dester wurde er gemahregelt und er mußte sich oft kümmerlich durchschlagen. Aber in seiner Ueberzeugung erschütterte ihn nichts. Schließlich, nachdem er sich durch unermüdbare Arbeit emporgerungen, fanden bessere Verhältnisse für ihn. Seit 17 Jahren fand man ihn in vorderster Reihe der jungen kämpfenden Partei Elßah-Lothringens. Sein persönliches noch materielles Opfer schenkte unser Genosse. Bei Sturm und Wetter war er auf dem Damm, wenn die Pflicht ihn rief. Unzählige Versammlungen hat er in ganz Lothringen veranstaltet, politische Schilken, Lokalshwierigkeiten usw. waren ihm nichts Neues. Auch das schreckte ihn nicht, als ihm eine Peinlich selbst in den besten Lokalen das Verabreichen von Speise und Trank verweigert wurde. Fruchtbareren Samen hatte Schleicher ausgestreut, herrlich steht bereits die Saat, zu ernten war ihm nicht vergönnt. Nicht zuletzt ist seine Krankheit auch auf die Bezirkstagswahl zurückzuführen, wo einige Segner es sich nicht nehmen ließen, als sie sahen, daß das politische Moment nicht zog, in seine intimsten Familienverhältnisse hineinzugreifen und den Versuch unternahmen, sein materielles Leben zu besteden. Und wirklich: der erbärmliche Wicht, welcher bereits das Inghaus streifte, er hatte recht behalten, als er sagte: „Ich habe ihm diesmal einen Stoß versetzt...“ Die Arbeiterschaft Lothringens und speziell die von Mey wird nie vergessen, was der Dahingegangene für sie getan... .

Die „hochverräterische“ Broschüre. Wie wir schon in Nr. 256 mitteilten, hat Genosse Leopold in Zeit um Herausgabe des in seiner Wohnung beschlagnahmten Exemplars des rechtswidrigen Werkes „Militarismus und Antimilitarismus“ in unversehrtem Zustande erlucht. Am letzten Sonntag ist ihm denn auch dieses Exemplar durch die Oberreichsanwaltschaft in seinem ursprünglichen leserlichen Zustande zurückgegeben worden. Jedenfalls folgt auch bald das „geschwärtzte“ Exemplar.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Presse vor der Revisionsinstanz.

Vom Landgericht Dessau sind am 11. Juni der Genosse Richard Pauli vom „Volksblatt für Anhalt“ und der Redakteur des „Anhalter Kurier“, Karl Wöckel in Wernburg, wegen Beleidigung des früheren anhaltischen Staatsministers von Roserich zu je 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Beide haben einen Bericht abgedruckt, der der Korrespondenz „Reichsgerichts-Briefe“ entnommen war und einen Prozeß betraf, den eine Sprengstoff-Aktiengesellschaft gegen den genannten früheren Minister angestrengt hatte. Die Beleidigung wurde darin erblüht, daß nur die Mlagebehauptung der Klägerin, die schwere Vorwürfe gegen Herrn v. Roserich enthält, wiedergegeben ist, nicht aber auch die Gegenerklärung des Beklagten. (Der Rechtsweg in dieser Sache ist für unzulässig erklärt worden.) Als beleidigend wurde ferner die Ueberschrift „Rechtlosigkeit in Anhalt“ und der vom Angeklagten Wöckel beigefügte Schlusssatz angesehen.

Das Reichsgericht verwarf am Montag die Revision der beiden Verurteilten. Ebenso verwarf das Reichsgericht die Revision des Genossen Martin Präter von der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ zu Kiel gegen ein Urteil des dortigen Landgerichts vom 10. Juni, das ihn wegen Beleidigung eines Fabrikanten mit 100 Mark Geldstrafe belegte. Das Gericht hatte einzelne der behaupteten Tatsachen als erwiesen angesehen, aber trotzdem verurteilt. In dem Urteil wurde festgestellt, daß der Fabrikant seine Lehrlinge sehr oft längere Zeit, darunter einmal 11 1/2 Tage lang mit Messklappen beschäftigt, eine Arbeit, die sehr anstrengend sei, und für die selbst ungelernete Arbeiter nur durch Zahlung außerordentlich hoher Löhne zu haben seien. Das Reichsgericht verwarf die Revision, die sich auf den § 193 betraf. Arbeiterblätter hoben eben kein berechtigtes Interesse, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Uebrigens ist durch Bundesratsverordnung vom 1. Juli 1907 die Beschäftigung von Kindern zur Messelreinigung verboten worden.

Nicht besser erging es der Revision des Genossen Redakteur Adolf Thiele zu Halle a. S. gegen ein Urteil des dortigen Landgerichts, das ihn wegen Beleidigung von evangelischen Pastoren der Provinz Sachsen, begangen in einem Artikel des von Thiele verlegten sozialdemokratischen Volkskalenders für Sachsen, fünf Monate Gefängnis zubüßte. Ein erstes Urteil desselben Gerichts, das dieselbe Strafe verhängte, war vom Reichsgericht aufgehoben worden, weil der Angeklagte als Redakteur verurteilt wurde, aber nicht festgestellt war, daß der Kalender eine probische Druckchrift sei. Zum zweiten Male ist Thiele als Verbreiter verurteilt worden. — In seiner Revision bestritt er, daß sämtliche evangelische Pastoren der Provinz sich getroffen fühlen können. Die allgemeinen Andeutungen in dem Artikel reichten dazu nicht aus. Ein Gericht brauche nur zu

fagen, der Fall solle typisch sein, und es könne dann jede Darstellung eines unsympathischen Beamten in einer Novelle unmöglich machen.

Das Reichsgericht hielt keinen Rechtsirrthum für vorliegend und bestätigte das auffällige Urteil.

Soziales.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin im Jahre 1906.

Dem foeben herausgegebenen amtlichen Bericht der Anstalt Berlin entnehmen wir folgende Daten:

Im Berichtsjahre wurden (einschließlich 662 aus dem Vorjahre übernommene Anträge) 6070 Anträge auf Invalidenrente und (einschließlich 25 aus dem Vorjahre übernommene Anträge) 369 Anträge auf Altersrente gestellt. Es wurden Invalidenrenten 5084 bewilligt, 1129 abgelehnt und 128 anderweitig erledigt. 629 waren am Jahreschlusse unerledigt geblieben. Altersrenten wurden 377 bewilligt, 47 abgelehnt und 6 anderweitig erledigt. 30 waren am Jahreschlusse unerledigt geblieben. Von den insgesamt angewiesenen Altersrenten entfielen 255 auf die Männer und nur 24 auf die Frauen. Die letzteren haben den tiefsten Stand seit Bestehen des Gesetzes erreicht. Von 100 Renten entfielen 90 auf Männer und 9 auf Frauen. Insgesamt bezogen am 31. Dezember 1906 4859 Personen Altersrente.

Die Ablehnung von Invalidenanträgen hat auch bei der Berliner Anstalt im Berichtsjahre erheblich zugenommen.

Es wurden Renten bewilligt im Jahre

Table with 4 columns: 1903, 1904, 1905, 1906. Row 1: 5892, 6775, 6360, 6084. Row 2: 5892, 6775, 6360, 6084.

Abgelehnt wurden

Table with 4 columns: 1903, 1904, 1905, 1906. Row 1: 541, 603, 647, 1120.

Diese auffällige Steigerung der Rentenabteilungen erklärt der Berichtslatter in folgender Weise:

Die rückläufige Bewegung in den Rentensatzstellungen seit dem Jahre 1903 mit dem Eintritt einer günstigeren Lage des Berliner Arbeitsmarktes regelmäßig fort, umgekehrt das Anwachsen der Ablehnungen. Auf die wirklichen Gründe der Vermehrung der Ablehnungen sind wir wiederholt, zuletzt bei der Besprechung des Berichtes der Brandenburgischen Versicherungsanstalt eingegangen.

Am Schlusse des Berichtsjahres zählte die Berliner Anstalt 45 100 Personen, die Invalidenrente bezogen. Darunter 14 570 Frauen. Erwähnenswert ist, daß die Anzahl der weiblichen Rentner der der männlichen immer näher kommt. Auf 100 männliche Invalidenrentner kommen 69,3 weibliche.

Die Ursachen für den Eintritt der Invalidität zeigen den Sozialpolitiker ein recht beachtenswertes Bild. Die Invaliditätsursachen sind in fünf Hauptgruppen eingeteilt.

An erster Stelle steht die Gruppe der Lungenschwindsucht mit 1034 Fällen, wovon entfielen auf das weibliche Geschlecht 275 Fälle, d. h. bei den Männern kommen auf pro Mille 209, bei den Frauen 114; während der Anteil der Lungenschwindsucht bei den Männern derselbe ist wie im Vorjahre, ist er bei den Frauen von 126 im Vorjahre auf 114 im Berichtsjahre zurückgegangen. Der Prozentlag der gesamten Erkrankungen der Respirationorgane ist bei den Männern von 30,4 (im Vorjahre) auf 31,0 im Berichtsjahre gestiegen, bei den Frauen ist er auf 18,9 stehen geblieben. Ganz besonders tritt die Erkrankung an Lungenschwindsucht in dem Alter von 19 bis 34 Jahren mit 45,20 Proz. aller Fälle bei den Männern hervor. Auf die Altersklassen 19 bis 24 Jahre kommen 85 = 11,19 Proz., von 25 bis 29 Jahre 131 = 17,24 Proz. und von 30 bis 34 Jahre 123 = 16,86 Proz. aller Fälle. Bei den Frauen fallen in dem Alter von 19-34 Jahren 63,45 Proz. aller Lungenschwindsuchtsfälle. Davon entfielen auf die Altersklassen 19-24 und 25-29 Jahre je 65 = 23,63 Proz. und in den Altersklassen 30-34 Jahre 45 = 16,86 Proz. aller Fälle. An zweiter Stelle kommt dann die Gruppe der Nervenkrankheiten mit 19,7 Proz., hinzukommen noch pro Tausend 30 Fälle, die auf Augen und 4 auf Ohrenkrankheiten zurückzuführen sind. Die hohe Zahl der infolge Nervenkrankheit invalide Gewordenen würde wohl eine erhebliche Senkung erleiden, wenn seitens der Versicherungsanstalt und seitens der Stadtgemeinde Berlin endlich die Errichtung einer größeren Heilstätte für Nervenkranken in Angriff genommen würde.

An dritter Stelle stehen die Erkrankungen an Knochen und Muskeln mit 155 aller Fälle, an vierter Stelle die Krankheiten des Gefäßsystems mit 136 aller Fälle und an fünfter Stelle die Krankheiten der Ernährung und Entwicklung einschließlich Alkohol (vorzüglich Altersschwäche) mit 116 aller Fälle bei den Männern. Bei den Frauen treten insbesondere in den Vordergrund die Krankheiten der Entwicklung und Ernährung (insbesondere Altersschwäche) mit 183, dann die Krankheiten der Knochen und Muskeln mit 140; die Nervenkrankheiten mit 105, wozu noch 8 Ohren- und 87 Augenkrankheiten kommen, und die Herz- und Gefäßkrankheiten mit 151 aller Fälle. Wenn wir die Erkrankungen nach Verufen gliedern, dann werden bei den männlichen Geschlecht von der Lungenschwindsucht die Metallarbeiter am häufigsten heimgeleitet mit 21,0 Proz.; die Holzarbeiter mit 21,07 Proz.; das Baugeverbe mit 17,8, Dienstboten mit 20,4; Verlehr mit 19,0 und sonstige Arbeiter mit 19,4 Proz.; bei dem weiblichen Geschlecht werden die Verufe der Bekleidung mit 16,8 und die Dienstboten mit 8,8 Proz. von der Lungenschwindsucht heimgeleitet. Bei dem weiblichen Geschlecht sind es besonders die Näherinnen, die von dieser grauenhaften Nervenkrankheit betroffen werden; ebenso nehmen sie die erste Stelle bei den Nervenkrankheiten mit 21,6 Proz. ein; bei den Herz- und Gefäßkrankheiten kommen sie hinter den Dienstboten mit 11,2 Proz.

Das Heilverfahren wurde im Berichtsjahre bei 4940 Personen eingeleitet. Davon entfielen auf die Lungenschwächte 924 Männer und 609 Frauen, auf Grabsowjee 568 Männer und auf Vogelkang 256 Frauen, das sind in den Lungenschwächten 2257 Versicherte. In dem Sanatorium Weelth wurden 1451 Männer und 743 Frauen = 2194 Personen und in der Heilstätte Lichtenberg 489 Patienten aufgenommen. Ein Uebelstand, den der Bericht der Heilstätte selbst erwähnt, ist, daß die Versicherten bei Aufnahmegelegenheit in die Heilstätten bis 3 Monate, die weiblichen sogar 6-7 Monate warten mußten, ehe die Aufnahme erfolgen konnte. Besonders erheblich ist das Wirken der Lichtenberger Anstalt. Den Berichtslatter scheint der bei Ärzten, die mit erkrankten Arbeitern zu tun haben, immer auffälliger grassierende Simulations-Entbedungs-Dazillus arg gepakt zu haben. Er meint nämlich, es gebe Versicherte, die sich immer wieder mit Gonorrhoe infizieren lassen lediglich nur, wie er sagt: „um den beschlaglichen Komfort unserer Anstalt einem eigentlichen Verur vorzuziehen“. Von den 489 Patienten, die im Berichtsjahre Aufnahme gefunden haben, wurden als geheilt 302 Personen, auf Wunsch gebessert 50, und Rastweise 71 entlassen.

In dem Sanatorium Weelth sind 1370 Männer und 687 Frauen als geheilt mit vollem Erfolg entlassen. Die 1450 männlichen Pflanzlinge beanspruchten 73 700, die 734 Frauen beanspruchten 33 149 Verpflegungstage. Pro Kopf kamen im Durchschnitt bei den männlichen Pflanzlingen 59,9 und bei den weiblichen 45,2 Verpflegungstage. Insbesondere waren es bei den Männern die Nervenkrankheiten, 748 = 52 Proz., welche das Heilverfahren notwendig machten.

Bei den Frauen wurde das Heilverfahren in 299 Fällen wegen Nervenkrankheiten und in 179 Fällen wegen Blutarmit und

Wir haben nicht selten und gendigt gesehen, an Beispielen zu zeigen, wie von manchen dieser Herren ihr Amt aufgefaßt und ausgeübt wird. Man darf ihnen nicht mal einen Vorwurf daraus machen; denn niemand kann aus seiner Haut heraus. Aber es erscheint uns wünschenswert, immer mal wieder einen dieser lieben Ratsbürger abzukontrollieren. Klagen sind uns in letzter Zeit besonders über einen Mann zugegangen, der zugleich Hausagrarierführer, Armenkommissionsvorsteher und Gemeindeführer ist. Wir meinen Herrn Lieberenz, der in Noabit ein Haus sein eigen nennen darf, dort einem Grundbesitzerverein präsidiert und seit vorigem Herbst die dortige St. Gemeindefschule leitet.

Herr Lieberenz, der Hausagrarierführer, hat im vorigen Jahre in Hausbesitzervereinen vor seinesgleichen einen Vortrag gehalten, in dem er seine Anschauungen über Armenpflege in all ihrer Ungeschminktkeit darlegte. Es ist derselbe Lieberenz, der vor Jahren in einem freimüthigen Bezirksverein Noabits sich darüber ereiferte, daß die Rinderbemittelten möglichst keine Steuern zahlen möchten, aber den Anspruch erheben, durch Teilnahme an den Stadtverordnetenwahlen einen Einfluß auf die Gemeindevverwaltung auszuüben und über Verwendung der Steuern anderer Leute mitzuentcheiden. Man kennt ja das Wort: „Wer nicht mittelt, soll auch nicht mitraten“, will sagen: wer nicht soviel verdient, daß er durch Steuerzahlungen „mitteln“ kann, der soll auch nicht durch Wahlen „mitraten“ dürfen. Dieser Grundsatz ist im Rathhause von recht freimüthigen Männern eifrig verfochten worden. Daß auch Herr Lieberenz, der damalige Gemeindeführer, öffentlich sich in diesem Sinne äußerte, das hatte deshalb einen eigenen Reiz, weil das Lehrpersonal der Gemeindefschulen, mithin auch Herr Lieberenz selber, vom Gehalt keine Steuern an die Gemeinde zu zahlen braucht. Herr L. hindert das selbstverständlich nicht, für sich zu beanspruchen, daß er mit darüber entscheiden darf, wozu die Steuern anderer Leute verwendet werden sollen.

Dieser Herr L. also hat seinen hausagrarischen Gesinnungs-freunden aus dem Herzen gesprochen, als er ihnen erzählte, daß die Armenverwaltung denen, die ihre Hilfe suchen, zuviel Entgegenkommen zeige. Als Armenkommissionsvorsteher scheint er nun bemüht zu sein, seine engherzigen Anschauungen über die Grenzen der Armenpflege praktisch zu betätigen. Er wird und geschickt als ein Mann, der sehr wenig von dem Wesen eines eigentlichen Armenpflegers an sich habe. Herr L. betrachtet wohl das als seine wichtigste Aufgabe, darüber zu wachen, daß nicht etwa ein Armer auf Kosten der Stadt „herrlich und in Freuden lebt“, wie die Hausagrarier zu sagen pflegen. Mit Bedürftigen muß er auch als Gemeindeführer sich plagen, mit Eltern, die für ihre Kinder um Gewährung freier Lehrmittel bitten. Es wird darüber geflagt, daß Herr L. hierbei sich sehr unfreundlich zeigt und Wittende hart anläßt.

Die Eltern können sich damit trösten, daß es ihnen noch lange nicht so schlimm ergeht, wie den Schulkindern, die der Fürsorg des Gemeindeführers Lieberenz anvertraut sind. Herr L. gebraucht in seinen Unterrichtsstunden Schimpfwörter schlimmer Art gegen seine Schüler. Denselben Schülern hält er übrigens im Unterricht Vorträge über die Sozialdemokratie. Er klagt, sozialdemokratische Zeitungschreiber würden dafür bezahlt, sichtlich zu schimpfen, und würden zu Führern der Sozialdemokratie genommen. Wenn er wieder mal die Sozialdemokratie heruntzer gemacht hat, fragt er die Jungen: „Ist Ihr nun überzeugt, daß die Sozialdemokratie unrecht hat?“ Pflichtschuldig antworten die Jungen mit einem eifrigen „Ja“ — und groß nicht da der Sozialistenvernichter, Gemeindeführer, Armenkommissionsvorsteher und Hausagrarierführer Lieberenz.

Was Berlin für das Gemeindefschulwesen — tun will, darüber bringt die „Vossische Zeitung“ eine Reihe Angaben, die sich auf das kommende Jahr beziehen. Wir erinnern uns nicht, daß jemals schon in den ersten Tagen des Monats November aus dem Rathhause mitgeteilt worden wäre, wie viel neue Schulen und Klassen im nächsten Jahre eingerichtet werden sollen. Diesmal sollen 7 neue Schulen und 140 neue Klassen hinzukommen, so daß dann die Zahl aller Gemeindefschulen auf 296, die Zahl aller Gemeindefschulklassen auf 5207 steigen würde. So wird's uns wenigstens versprochen. Wohl im Hinblick auf die Stadtverordnetenwahlen hat man sich im Rathhause beiläufig diese Mittelung zu verbreiten. Es gibt immer Leute, die sich durch solche Zahlen riesig imponieren lassen. Um zu zeigen, wie das Gemeindefschulwesen Berlins sich in den letzten Jahren entwickelt habe, werden jetzt in der „Voss. Ztg.“ Angaben über die Zahl der in jedem Jahre neu hinzugekommenen Klassen veröffentlicht. Es wird nur unterlassen, auch das anzugeben, um wie viel die Zahl der neu hinzugekommenen Klassen in den einzelnen Jahren hinter der Zahl der geplant gewesenen neuen Klassen zurückgeblieben ist. Im „Vorwärts“ war das kürzlich nachgewiesen worden in einer Zusammenstellung, die bis zum Jahre 1906 reichte. Die Angaben der „Voss. Ztg.“ erstrecken sich auch auf 1907. Wir sehen da, daß in 1907 zu Ostern und Michaelis zusammen 64 neue Klassen hinzugekommen sind. Da aber für dieses Jahr 140 neue Klassen geplant waren (eine Angabe, die in der „Voss. Ztg.“ fehlt), so ergibt sich, daß diesmal noch nicht halb soviel neue Klassen hinzugekommen sind, wie man geplant hatte. Hiernach möge man sich eine Vorstellung davon machen, was von dem Versprechen zu halten ist, daß im nächsten Jahre 140 neue Klassen hinzukommen sollen. Wir wollen froh sein, wenn's die Hälfte wird. Irig dürfte übrigens auch die Angabe sein, daß im nächsten Jahr die Zahl aller Schulen auf 296 steigen wird. Jetzt zu Michaelis ist erst die 286. Schule eröffnet worden; 286 Schulen und dazu 7 neue macht erst 293 Schulen.

In den heute stattfindenden Stadtverordnetenwahlen hat der Magistrat die Anordnung erlassen, daß den in der städtischen Verwaltung beschäftigten Arbeitern, soweit sie nicht von 9—5 Uhr abends dienstfrei sind, im Anschluß an die Mittagspause ein entsprechender Urlaub zur Betätigung ihres Wahlrechtes gegeben werden soll.

Offenlich erfolgen auch die Dirigenten der einzelnen Werke die Anordnung des Magistrats auf das gewissenhafteste.

Tagordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom Donnerstag, den 7. November d. J., nachmittags 5 Uhr: Vorlage betreffend den Ankauf eines Teiles der Wohlheide. — Berichterstatter über die Vorlagen betreffend: den Verkauf eines Grundstücks am Südring — und die Befreiung von Grundsteuer für die Straßen 7a, 7b, 7c, 7d, 8a, 8b, 8c, 8d, 8e, 9 und 9a in Abteilung XIII des Bebauungsplanes auf dem Gelände der Gilla-Wöhlfen Erben. — Vorlagen betreffend: die Annahme einer der Stadtgemeinde von den Erben des verstorbenen Bankiers Julius Weichroeder zur Begründung einer Stiftung gemachten Zuwendung. — den Geschäftsbetrieb der städtischen Sparkasse im Juli-September-Vierteljahr 1907. —

die Benutzung städtischer Inventarstücke durch den Krüppel-, Hüll- und Fürsorgeverein für Berlin-Brandenburg. — die Bewilligung eines Vetrages zu den Kosten der Hauptversammlung der Comenius-Gesellschaft, — den Verkauf eines Grundstücks in Schönbeck a. Elbe, — die Errichtung einer Waldberuhigungsstätte für 200 schwächliche und schulpflichtige Kinder auf dem Gelände des städtischen Rittergutes Buch, — die Bewilligung von Mitteln zur Beschaffung eines Wanderpreises für einen Wettbewerb im Kunstfeldlauf, — die Ferienordnung für die höheren Lehranstalten für das Schuljahr 1908, — die Befreiung des Stadt für die Substitutionskasse für das Rechnungsjahr 1908, — den Jahresabschluss der städtischen Gaswerke für das Etatsjahr 1906, — den Erwerb der Grundstücke Landbergerstraße 49 und 51 zur Verbreiterung der Landbergerstraße — und den Verkauf des Grundstücks Am Oberbaum 3.

Verlegung von 26 Straßenbahnlagen. Bei der Straßenbahn ist die Gleisverlegung auf dem Potsdamer Platz, die von der Potsdamerstraße nach dem Brandenburger Tor zu führt, so abgeändert, daß ihre Ausweitung erforderlich ist. Es wird beabsichtigt, die Arbeiten in den Nächten vom 6. zum 9. November in der Zeit von 12 Uhr nachts bis 7 Uhr morgens auszuführen. Während dieser Zeit müssen alle über die Kreuzung fahrenden Linien abgelenkt werden. Es sind deren nicht weniger als 26. Die Linien 52 Danzigerstraße—Wilmersdorf, 56 Danzigerstraße—Schöneberg, 51 Panlow—Schöneberg, 57 Nieder-Schönhausen—Schöneberg, 23 Gesundbrunnen—Schöneberg und 24 Kottbuscherplatz—Potsdamerstraße gehen vom Potsdamer Platz durch die Königgräberstraße, über den Altanischen Platz, die Schönebergerstraße, das Schöneberger Ufer, die Flottwell- und Lützowstraße sowie umgekehrt. Die Linien 53 Pappel-Allee—Charlottenburg, 60 Weissenhof—Friedenau, 61 Weissenhof—Schöneberg, 80 Schlesischer Bahnhof—Charlottenburg, 61 Zentral-Viehof—Charlottenburg, 40 Ewinemünderstraße—Schöneberg und III Ewinemünderstraße—General-Papestraße gehen von der Ecke der Französischen- und Charlottenstraße durch die Charlotten-, Zimmer-, Prinz-Albrechtstraße und Königgräberstraße, den Potsdamer Platz und die Potsdamerstraße sowie umgekehrt. Die Linien 54 Schönhauser Allee—Charlottenburg, 68 Lichtenberg—Wilmersdorf, 67 Zentral-Viehof—Wilmersdorf, 69 Friedrichs-feld—Schöneberg, 71 Herzberge—Schöneberg, 72 Brenzlauer Allee—Groß-Görschenstraße, 74 Knipprobestraße—Schöneberg, 78 Frankfurter Allee—Wilmersdorf, 79 Rummelsburg—Nur-fürstendamm, 87 Repton—Schöneberg, 88 Schlesische Straße—Friedenau, 91 Görlitzer Bahnhof—Halensee und 92 Görlitzer Bahnhof—Wilmersdorf fahren von der Leipziger-, Ecke Charlottenstraße durch die Charlotten-, Zimmer-, Prinz-Albrechtstraße und Königgräberstraße, den Potsdamer Platz und die Potsdamerstraße sowie umgekehrt.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unangestellter Benutzung für jedermann, SW. Alexandrinenstraße 26, die am 26. Oktober 1899 der Öffentlichkeit übergeben wurde, läßt auch in dem sechsten vollendeten 8. Betriebsjahre eine erfreuliche Weiterentwicklung erkennen. Die nachfolgenden statistischen Angaben geben den besten Beweis für die erspriehliche Wirksamkeit des Instituts; sie zeigen, wie fest es sich in allen Kreisen der Bevölkerung eingebürgert hat, und daß es allgemein als eine der bestbesetzten Bildungsanstalten Berlins anerkannt wird.

In der Ausleih-Bibliothek wurden im 8. Betriebsjahre im ganzen 67 438 Bände nach Hause verliehen, von denen 14 Bände in Verlust gerieten. Von dieser Gesamtzahl entfallen 45 409 Bände auf schöne und 22 029 Bände auf wissenschaftliche Literatur. An letzterer Zahl sind die einzelnen Wissenszweige in folgender Weise beteiligt: Geschichte und Lebensbeschreibungen 3888, Geographie 2287, Naturwissenschaften 4968, Rechts- und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft 264, Gemeindefunde, Technik 2614, Philologie, Religion, Pädagogik, Sport 2762, Kunst, Musik, Literaturgeschichte usw. 2746 Bände. Die verlangten wissenschaftlichen Bücher machten im Berichtsjahre über 33 Proz. aller Entlehnungen aus. Im ganzen sind im 8. Jahre 83 673 Bände in und außer dem Hause entlehnt worden; in den acht Betriebsjahren zusammen 677 288 Bände.

Der Leserkreis der Ausleihbibliothek, welcher täglich wächst, dehnt sich durch alle Stadtteile bis in die Vororte hinein aus. Die verschiedenen Verufe sind wie folgt vertreten: gewerbliche Arbeiter 52 Proz., Handlungsgehilfen und weibliche Handelsangestellte 23 Proz., selbständige Kaufleute und Handwerker 2 Proz., Ärzte und Juristen 2 Proz., Staats- und Privatbeamte 4 Proz., Lehrer und Lehrerinnen 5 Proz., Studenten 2 Proz., Seminaristen und Schüler 4 Proz. und Personen ohne Beruf 6 Proz.

Die Lesesäle wurden im 8. Betriebsjahre von 73 298 Personen, und zwar 70 391 Männern und 2902 Frauen, in den acht Jahren zusammen von 495 196 Personen besucht. Die Zahl der hier ausliegenden periodischen Schriften hat wiederum eine Vermehrung erfahren und beträgt jetzt 537 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung. Die im Arbeitszimmer der Lesehalle aufgestellte, 1585 Bände zählende Nachschlage-Bibliothek wurde von den Besuchern in umfassender Weise zu Rate gezogen.

Die Gesamtzahl der Besucher, die im 8. Betriebsjahre Bibliothek und Lesehalle benutzten, belief sich auf 140 731 Personen, gegen 137 338 im Vorjahre. Seit der Eröffnung vor acht Jahren haben insgesamt 968 219 Personen das Institut aufgesucht.

Das Institut ist werktätig von 9—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr geöffnet.

Staatliche Prüfung für das Krankenpflegepersonal. Im städtischen Krankenhause Noabit fanden Ende Oktober d. J. vor der staatlichen Prüfungskommission, bestehend aus dem Vorsitzenden, Geh. Med.- und Reg.-Rat Dr. Wehner, und den Direktoren des Krankenhauses, Geh. Med.-Rat Prof. Dr. v. Kerner und Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Sonnenberg (in dessen Vertretung Oberarzt Dr. Kühn), die staatliche Prüfung für die Schülerinnen der städtischen Schwesternschule des Krankenhauses Noabit statt. Es war die erste Prüfung im Königreich Preußen seit Erlaß des Kultusministeriums vom 10. Mai 1907. Auf Grund dieses Erlasses wird zur Ausbildung des Krankenpflegepersonals ein Ausweis für praktisch anerkannte Pflegepersonen aus denjenigen erteilt, die sich einer Prüfung vor der staatlichen Prüfungskommission, die über die Befähigung und die erforderlichen Kenntnisse entscheidet, unterziehen. Bei der Prüfung hatten die Schwesternschülerinnen am ersten Tage ihre Fähigkeiten in der Krankenbeobachtung und Pflege am Krankenbett, am zweiten Tage in der praktischen Ausbildung von Verbänden, Verhalten bei Unglücksfällen und bei dem am dritten Tage stattfindenden Schlußexamen ihre theoretischen Kenntnisse über Krankheiten, Ablauf derselben usw. zu erweisen. Das Ergebnis war ein sehr befriedigendes, indem alle Prüflinge das Examen bestanden und zwar erhielten von den 21 Schwestern 13 das Prädikat „sehr gut“, 8 das Prädikat „gut“. Der Prüfung war ein einjähriger theoretischer Unterricht in der Schwesternschule und eine praktische Ausbildung auf den Stationen vorangegangen.

Ausstellung empfehlendwerter Jugendschriften im Gewerkschaftshaus. Die diesjährige Ausstellung wird am Sonntag, den 8. Dezember eröffnet und dauert bis Sonntag, den 15. Dezember. Am Dienstag, den 10. Dezember, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein Vortrag von Frau Dr. Jepsel über Jugendschriften statt.

Berliner Klvverein für Obdachlose. Im Monat Oktober nächstigen im Männerklub 21 000 Personen, wovon 9427 badeten, im Frauenklub 3006 Personen, wovon 1447 badeten.

Wichtig für Interessenten der Zentralmarkthalle. Auf dem Bahnsteig der Zentralmarkthalle zu Berlin, der der Stadt gehört, hielt sich eines Tages der Gemüschhändler Labitzki auf. Die Markthallenverwaltung duldet nun auf diesem Anschlußbahnsteig nur die Händler, für die und an deren Adresse Bahngüter eingetroffen sind und die sich durch einen Frachtbrief ausweisen können. Mit Rücksicht darauf wies ein Markthallenbeamter Labitzki von dem

Bahnsteig weg, da an dessen Adresse keine der eingetroffenen oder eintreffenden Bahngüter gerichtet war. L. folgte der Anordnung erst, nachdem ein Schutzmann eingriff. Er wurde demnach in zweiter Instanz auf Grund der Polizeiverordnung vom 14. März 1896 zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er einer im Interesse der Ordnung des Markthallenverkehrs erlassenen Anordnung eines Markthallenbeamten nicht Folge geleistet habe. Das Gericht erachtete als latäschlich festgelegt, daß L. nur Waren kaufen beziehungsweise von einem anderen Händler, der der Adresse war, gekaufte Waren abholen wollte.

Das Kammergericht verwarf die Revision L.'s mit folgender Begründung: Daß das Anschlußgleis der Markthalle nicht betreten werden dürfe von solchen Leuten, die keine Waren von der Bahn empfangen, gebe allerdings aus der Polizeiverordnung nicht hervor. Trotzdem sei das Urteil zu halten, da es sich um die Aufrechterhaltung eines Markthallenbeamten handelte, die dazu bestimmt war, die Ordnung in der Markthalle aufrecht zu erhalten. Es sei eine solche Anordnung, wenn dadurch verhindert werden solle, daß sich dort Leute aufstellten, die keine Waren als Adressaten erhielten und störend wirkten. Deshalb könne der Beamte Händler von dem Bahnsteig der Halle wegweisen, die keinen Frachtbrief hätten und dort nur schnell Kaufgeschäfte mit den Adressaten der Bahngüter machen wollten.

Der Straffall des mißhandelten Kindes Marie Bergmann, der Tochter eines Berliner praktischen Arztes, hat jetzt auch zivilrechtlich dadurch seine vorläufige Erledigung gefunden, daß dem Vater die Erziehungsrechte aberkannt worden sind. Zum gerichtlichen Pfleger ist der Landgerichtsrat V. bestellt, der das Kind in einer vorzüglichen Privatpension untergebracht hat. Nach der Schilderung der Pensionsvorsteherin ist Marie Bergmann, die von den Eltern als verlogen und auch unfittlich bezeichnet wurde, ein sehr begabtes, fleißiges, aufrichtiges und für jedes Zeichen von Liebe zugängliches Mädchen. Öffentlich werden die jeglichen freundlichen Eindrücke die traurigen der Kindheit nach und nach verwischt. Die Stiefmutter des Kindes, der die Vernachlässigung hauptsächlich zur Last gelegt wurde, ist belamntlich zu einer mäßigen Geldstrafe, die dem Volksempfinden recht wenig entspricht, verurteilt worden.

Die Anordnung in den Kirchenbüchern, die wir an der Hand zahlreicher Einzelfälle anlässlich der Veranlagung zur Kirchensteuer nachgewiesen haben, wird von den Kirchengemeinden auf die Steuerbehörden geschoben. Diese sollen das Rarnittel sein, daß so viele Personen als Gläubige in die Kirchenlisten kommen, die gar nicht hineingehören. Ist das wirklich der Fall, so würde auf die Führung des Meldebüchters der Steuerbehörden kein günstiges Bild fallen. Das für einen Begriff von dieser Wirklichkeit muß sich ein Staatsbürger machen, der, obgleich er seit Jahren aus der evangelischen Kirche ausgeschieden ist, von dieser zur Kirchensteuer veranlagt wird und, nachdem er im Juli 1907 unter Hinweis auf seinen amtsgerichtlich erfolgten Austritt aus der evangelischen Kirche von der Zahlung der Steuern befreit ist, im Oktober 1907 von der katholischen Kirche zur Kirchensteuer veranlagt wird? Da muß ja eine heillose Konfusion herrschen, die je eher je besser aus der Welt geschafft werden muß.

Todesurteil eines Geisteskranken. Der Selbstmord eines Geisteskranken rief gestern morgen in der Jostitzstraße großes Aufsehen hervor. Der 64jährige Buchhalter Adolf Kammnig, Jostitzstr. 8, stürzte sich aus seiner im dritten Stockwerk belegenen Wohnung auf die Straße hinab und schlug mit dem Kopf auf den Bürgersteig auf. Der Schädel wurde dem Lebendmüden vollständig zerstampft, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Er hat die Tat in einem Unfall geistiger Unmacht ausgeführt. Die Leiche des Selbstmörders wurde dem Scharnhause zugeführt.

Phantasie oder Wirklichkeit!

Es wird gemeldet: Berlin, 5. November. In der vergangenen Nacht zwischen 11 und 12 Uhr fand ein Streifenwärtter, als er das Gleis Berlin—Fürstenualbe beging, auf der Strecke zwischen Sadowa und Kottbusch zwei Schwellen, welche quer über die Schienen gelegt waren. Als er sich daran machte, die Schwellen zu entfernen, trat aus dem Walde ein Mann hervor, und griff den Beamten an, während zwei andere Männer — — — zuhieten. (1) Die Täter verschwanden darauf im Dunkel der Nacht und konnten bisher nicht ergriffen werden.

Töblicher Abzug vom Wagen. Der hiesige Fahrunternehmer Max Sonnenberger war mit einem seiner Befährte gestern nach Jangschleuse gefahren. Als er später wieder die Rückfahrt antreten wollte, zog das Pferd in dem Augenblick, während er den Wagen bestieg, an und S. verlor das Gleichgewicht und stürzte ab. Er zog sich einen Bruch der Wirbelsäule zu und starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus am Friedrichshain.

Das Novemberprogramm des Wintergartens ist um einige Neuerwerbungen bereichert worden. Dazu gehören die komischen Reclamerer Moran Brothers, die sich gleichzeitig als geschickte Diabolospieler vorstellten. Das Diabolospiel wird seit einiger Zeit in Paris und London von der vornehmen Welt leidenschaftlich betrieben und auch Berlin bleibt da nicht zurück, hat doch erst dieser Tage hier ein „internationales Diabolospiel“ stattgefunden. Das Spielzeug besteht aus einem einfachen, auf einer Schnur balancierten Doppelkegel, mit dem man die originellsten und abwechslungsreichsten Evolutionen ausführt. Der Kege! verschwindet und erscheint wieder, um nach allen Richtungen, sogar von unten nach oben zu schweben, sich wieder auf die Schnur zu senken und dem Willen des Spielers in jeder Weise zu gehorchen. Stark vertreten im Programm ist die Tierdressur. Es ist ergötzlich zu sehen, wie Papageien den Saltomortale schlagen und sich auch sonst recht gelehrt benehmen; nicht minder interessant sind die Hundedressuren des Herrn Jertso. Mit großer Beklame war das Gesangsquartett Beamt aus Wien angekündigt worden. Die Leute sangen auch ganz nett, aber auch nicht gerade besonders. Die großen Gesangsvereine des Arbeiter-Sängerbundes haben zahlreiche Kräfte, die sich ihnen ruhig an die Seite stellen können. Als recht gemante Reisendkünstler stellen sich die Everhards vor.

Im Theater Folies Caprice in der Linienstraße wurde am Sonnabend geübt wie im Herrnseld-Theater. In „Rabi Rezerisch“ werden wir in eine jüdische Familie eingeführt, in der sich eine Tochter in einen christlichen Klavierspieler verliebt hat. Beide haben sich „ewige Treue“ geschworen, aber die Eltern wollen eine solche Verbindung unter allen Umständen verhindern. Der Rabi soll helfen, er wendet sich aber an eine falsche Adresse. Schließlich stellte sich heraus, daß sich die Tochter heimlich christlich taufen ließ, um ihren Geliebten zu bekommen, und dieser Jude geworden war, um dasselbe Ziel zu erreichen. Unter diesen Umständen blieb den Alten nichts weiter übrig, als das Jawort zu geben. Ferd. Grüneder, Ludwig Bertens, Albi Krant, Fleischmann und die Damen Weder und Drexler gaben sich die größte Mühe, das Publikum aus dem Lachen nicht herauskommen zu lassen.

Feuerwehbericht. In der Nacht zum Dienstag wurde die 4. Kompanie um 1 Uhr wieder einmal höchstwilligweise nach der Schulstraße 1, Ecke Müllerstraße alarmiert. Der Täter ist unerkannt entkommen. Kurz vorher hatte die Wehr in der Wölferstraße 41 zu tun, wo durch Unvorsichtigkeit ein Wohnungsbrand ausgebrochen war. Am Weibenzug 51 brannten in einer Wohnung Tisch, ein Fahrrad u. a. Wegen eines Kellerbrandes wurde die 2. Kompanie nach der Wölferstraße 85 gerufen, wo Brennholz u. a. vor einem Wädelen in Brand geraten war. In der Landwehrstraße 1 und Gleditschstraße 62 mußten zwei Kellerbrände gelöscht werden. Papier brannte an beiden Stellen. Ferner liefen noch Feuermeldungen aus der Kleinen Alexanderstraße 8, Friedenstraße 30 und anderen Orten ein. In der Friedelstraße 27 in Hildorf brannte nachts ein Schornstein und Walfen. Die Berliner und Hildorfer Wehr waren deshalb ausgerückt. Erstere konnte bald wieder abziehen.

Vorort - Nachrichten.

Heute Stadtverordnetenwahl in Charlottenburg.

Der Entscheidungstag für die Stadtverordnetenwahlen steht bevor. Heute gilt es zu handeln, nachdem tagelang vorher erwogen ist, wer die Stimme des zur dritten Wählerklasse gehörigen Wählers verdient. Für die wertvolle Bevölkerung darf kein Zweifel mehr bestehen, daß sie heute für die Kandidaten der Sozialdemokratie einzutreten und für deren Wahl Sorge zu tragen hat. Der Festigkeit des seit Wochen tosenden Wahlkampfes entsprechend muß jeder seinen Mann stellen, darf sich keiner auf den andern verlassen, wenn die Kandidaten der Sozialdemokratie gewählt werden sollen.

Die Wahl beginnt heute morgen um 9 Uhr und dauert bis abends 8 Uhr. Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind folgende:

Im 1. Bezirk: Stadtverordneter Ricker und Kassenbeamter Hermann Jacob, im 2. Bezirk Maurer Emil Lehmann, im 3. Bezirk Stadtverordneter Liebe und Gewerkschaftsbeamter August Gebert, im 4. Bezirk Redakteur Fritz Biesch und Mechaniker Alfred Wilk, im 5. Bezirk Stadtverordneter Scharnberg und Kassenbeamter Otto Flemming, im 6. Bezirk Stadtverordneter Karl Zander und im 7. und 8. Bezirk Stadtverordneter Paul Hirsch.

Also an die Arbeit, damit der heutige Tag ein Siegstag für die Charlottenburger Sozialdemokratie werde.

Rixdorf.

Ueber die ständischen Verkehrsverhältnisse Rixdorfs, die schon des öfteren Gegenstand lebhafter Klagen gewesen sind, gehen uns fortgesetzt Beschwerden zu. Wir möchten nicht unterlassen, eine beredte der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Dieselbe lautet: Wenn Rixdorf mit seiner gewaltigen Arbeiterbevölkerung schon ständig unter den unzulänglichen Verkehrsverhältnissen zu leiden hatte, so macht sich diese Katastrophe gerade im Herbst und Winter am schlimmsten bemerkbar. Das stärkste auf diesem Gebiete leidet sich die „Große Berliner“. Zwar läßt die Gesellschaft von Zeit zu Zeit durch ihre Beamten statistische Erhebungen anstellen, indes von einer Besserung der Verkehrsverhältnisse haben die Arbeiter, die morgens pünktlich zu ihrer Arbeitsstätte müssen, noch nichts bemerkt. Es scheint im Gegenteil, als ob trotz des ständigen Zuganges von Arbeitern nach Rixdorf eher ein Rückgang in der Zahl der beschriebenen Wagen zu bemerken ist. Wer des Morgens in der Zeit von 8-9 Uhr Gelegenheit hat, die Haltestellen der Siedingbahn in der Kaiser Friedrichstraße zu beobachten, der wird fast täglich feststellen, daß überall nicht nur 2-3, sondern bis zu 10 und 12 Personen stehen bleiben, die trotz Anhängewagen und weitgehender Rücksichtnahme eines Teiles der Schaffner, nicht befördert werden können. Aber nicht dies allein ist es, was auf dieser Strecke zu einer Katastrophe geworden ist, die Wagen verkehren morgens so unpünktlich, daß die Differenz in der Abfahrtszeit bis 10 Minuten beträgt. Die Schaffner selbst führen diesen Zustand auf den heillosen Witz zurück, der sich morgens beim Rangieren der Wagen auf dem hiesigen Bahnhof abspielen soll. Aber die Rücksichtslosigkeit der „Großen“ geht noch viel weiter. In der letzten Woche noch verkehrten auf dieser Linie, trotz des am Ausgang des Oktober morgens herrschenden starken Nebels und nachteiligen Wetters, offene Sommerwagen. Würde dem sogenannten „besseren Publikum“ aus dem Westen Berlins derartige Geboten, so würde sicherlich die gesamte bürgerliche Presse Netermord schreiben. Hier handelt es sich aber ja nur um Arbeiter und da ist die Sache durchaus nicht so aufregend.

Wenn wir von allen aus Rixdorf verkehrenden Linien speziell die Siedingbahn herausgegriffen haben, so soll damit durchaus nicht gesagt sein, daß es auf den anderen besser ist. Genau dieselben Klagen kommen von allen Linien der Großen Berliner. Aber auch die Zustände auf der staatlichen Eisenbahn, dem Sieding, sind die denkbar schlechtesten. Es wäre sehr wesentlich, wenn die zuständigen Behörden sich einmal morgens die Augen ansehen würden, die sich dort abspielen. Es ist zu bewundern, daß bei diesen Zuständen auf den Bahnhöfen morgens nicht schon größere Unfälle vorgekommen sind. Wenn sich hierbei der Rhythmus einzelner Arbeiter in etwas derben Schimpfworten Luft macht, so ist das natürlich zu verstehen. Wir möchten den Rixdorfer Stadtverordneten, der sich im vorigen Jahr über die Rixdorf der Arbeiter auf den Bahnhöfen beklagte, in gleicher Lage sehen, wir glauben er würde noch zu kräftigeren Ausdrücken greifen, was seinem Rhythmus über diese Zustände Ausdruck zu geben.

Wenn, fragen wir, wird endlich diesen unheilbaren Zuständen abgeholfen und die Verkehrsverhältnisse mit dem gegenwärtigen Bedürfnis in Einklang gebracht werden?

Eindrehen lassen in letzter Zeit in auffälliger Weise am Ort. Eine Anzahl Vordiebstahls sowie solche von Handtastfinken weisen darauf hin. In letzter Zeit haben sich kurz hintereinander auch in der Berliner- und Reuterstraße eine Anzahl Fälle ereignet, welche die Einwohner zur Vorsicht mahnen. So ist bei der Familie Pfeiffermann, Reuterstr. 76, vor einigen Tagen ein Einbruch verübt worden, bei welchem dem Täter unter anderem auch ein paar neue Stiefel in die Hände fielen. Der oder die Täter haben sich hier sogar Zeit gelassen, einer Flasche mit „Holl und Halb“ erst recht kräftig zuzuprosten, außerdem haben sie sich an einem Stück Fleisch gütlich getan. In einem anderen Falle fiel den Dieben ein großer Posten Wäsche in die Hände. Bei dem Verlus, bei der Familie Sandisch, Berlinerstr. 87, einzuzeichnen, hat offenbar das an der Tür befindliche Sicherheitsglocken Widerstand geleistet. Den Bewohnern dieses Teiles ist also dringend Vorsicht anzurufen.

Schöneberg.

Das Resultat der Privilegiertenwahlen.

Bei dem am gestrigen Dienstag stattgehabten Stadtverordnetenwahlen für die zweite Abteilung wurden einschließlich der durch die Erweiterung des Stadtverordnetenkollegiums erforderlichen beiden Neuwahlen 7 liberale und 2 konservative Stadtverordnete gewählt. Es wurde gewählt: Im 1. Bezirk: Sanitätsrat Dr. Friedmann (lib.); im 2. Bezirk: Architekt Kraus (lib.); im 3. Bezirk: Generalantagonist Meyer (lib.); im 4. Bezirk: Fabrikdirektor Starke (lib.); im 5. Bezirk: Versicherungsdirektor Polak (lib.); im 6. Bezirk: Bürgerdeputierter Weise (lib.); im 7. Bezirk: Ratsherr Reinhardt (lib.); im 8. Bezirk wurden die beiden konservativen Kandidaten Baumann und Grenier gewählt.

Wilmersdorf.

„70 Jahre Rückblick“ lautete das Thema, das Genosse Oskar Riedel in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins behandelte. Ausgehend von dem Frankfurter Vorparlament ließ der Referent in kurzen Zügen die einzelnen Zeitalter Revue passieren, um den Anwesenden den Werdegang der sozialistischen Bewegung vor Augen zu führen und zu zeigen, welche enormen Fortschritte die Arbeiterbewegung in dieser Zeit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete gemacht habe. Am Schluß seiner Ausführungen forderte er die Anwesenden zu energischer Weiterarbeit auf.

Der Kassenbericht des abgelassenen Quartals, den Genosse Goddard gab, schließt mit einer Gesamteinnahme von 343,30 M. und einer Gesamtausgabe von 328,84 M. ab. Unter Berücksichtigung der unter anderem ein Vorschlag des Vorstandes, Redaktionsabende während des Winters einzurichten, diskutiert und dem Vorstand zur weiteren Veranlassung überweisen. Des Weiteren wies Genosse Riedel i) darauf hin, daß im nächsten Monat die Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse stattfinden.

Von einer Lokomotive gerammt wurde in der vergangenen Nacht der 35 Jahre alte Klempnermeister Hans Staud, Berlin, Kopenstraße 93 wohnhaft. St. spazierte auf dem Bahnsteig des Siedingbahnhofes Wilmersdorf-Friedenau hin und her und fiel kurz vorher als ein Übergang vorbeifuhr, quer über die Schienen. Die Lokomotive des Zuges hatte den Leib des St. fast vollständig gerammt. Seine Leiche wurde nach der Halle in der Berlinerstraße geschafft.

Steglitz.

Die Gemeindevertreter-Sitzung am 1. November erteilte einer neuen Prosklenordnung ihre Zustimmung, die unter anderem eine Erhöhung der Grundtaxe von 50 auf 70 Pf. enthält. — Bei der Auslosung der vor zwei Jahren infolge der Vermehrung der Gemeindevertreter gewählten Herren traf das Los die Herren Gädke aus der dritten und Herm aus der zweiten Abteilung. — Um die Befreiungen wegen der Stadterwerbungen unseres Dorfes im Gange zu erhalten, wurde die erneute Abwendung einer Petition an das Abgeordnetenhaus beschlossen. — Die Polizeiwache in der Potsdamerstraße soll eingehen; dafür wird im Hause des Herrn Buchholz, Ecke Albrecht- und Brüderstraße, eine neue errichtet, die mit einem Wachtmeister und mehreren Beamten besetzt werden soll. Die hierdurch erforderliche Anschaffung einer Wachtmeisterstelle wird bewilligt und dem Mietvertrag zugestimmt. Zur Bequemlichkeit des Publikums soll die neue Wache für jenen Ortsteil des Feldewesens und den Umlauf der Invalidenarten usw. besorgen. — Als ein Millionenprojekt entpuppte sich der Antrag auf Erbauung einer Regenwasserleitung. Von den insgesamt auf 1.200.000 M. veranschlagten Kosten sollen in den nächstjährigen Etat 350.000 M. eingestellt werden. Voraussetzungen sind die Domäne Dahlem der Leitung anschließen müssen, wodurch sich dann die Kosten ermäßigen werden. — Nach Erledigung der Tagesordnung brachte Gemeindevertreter Fischer eine in einer Versammlung des Kommunalvereins (dessen Vorsitzender er ist) geübte Kritik unserer Bauverwaltung zur Sprache. Das gab dem Bürgermeister Subrow dem Anschein nach erwünschte Gelegenheit, dem vorlauten Kritiker, einem Oberlehrer, vorzumerzen, daß er mit seiner öffentlichen Kritik nicht vornehm gehandelt habe; der Herr hätte sich erst auf dem Rathhause die Erlaubnis — nein, Auskunft holen sollen, die ihm bereitwillig erteilt worden wäre. Zur Sache selbst, mangelhafte und unsichere Bauausführung sowie Verzögerung der Fertigstellung öffentlicher Bauten, hauptsächlich der Seebanstalt, gab der Leiter des Bauamtes Auskunft. Da die Bauunternehmer durch die Streikläufe bedingt sind, haben natürlich nur die freilebenden Bauarbeiter schuld an der Verzögerung. Die behauptete mangelhafte und nicht sachgemäße Ausführung erklärte sich aus der fehlenden Sachkenntnis des Kritikers.

Sie hatten erwartet, daß bei dieser Gelegenheit auch die vom „Vorwärts“ in Nr. 211 vom 10. September gerügte nicht vorchriftsmäßige Ausführung der Fundamentierungsarbeiten beim Neubau der Turnhalle der Gemeindefabrik IV in der Ringstraße erwähnt werden würde. Ein dabei beschäftigt gewesener Arbeiter hatte bekanntlich in einem Restaurant die Ausführung als „Landolmähig“ bezeichnet. Da der „Vorwärts“ auf dem Rathhause gelesen wird, kann man aus dem Schweigen auch Schlüsse ziehen. Oder müssen solche „unvornehme“ Kritiken erst im „Steglitzer Anzeiger“, dem offiziellen Organ des Rathhauses, geäußert werden, ehe man sie einer Antwort würdigt.

Friedenau.

Bei der Auffstellung der Kandidatenliste zu der am 15. November stattfindenden Delegiertenwahl zur Ortskrankenkasse Friedenau beschäftigt sich eine am nächsten Freitagabend 6 Uhr von der Steglitzer Gewerkschaftskommission nach dem Rheinischhof, Rheinstraße 60 einberufene öffentliche Krankenkassenversammlung. Außerdem wird Genosse Ahmann über „Die soziale Bewegung des Deutschen Reiches“ referieren. Die Arbeiter-schaft wird ersucht, für regen Besuch obiger Versammlung Sorge zu tragen.

Rummelsburg.

Im Rummelsburger See ertrunken ist vorgestern Abend die 5-jährige Tochter des Schiffers S. Mesoria aus Rumpsh. Kurz bevor der Kahn in der siebenten Stunde in Stralau anlegte, war das Kind in einem unbewachten Augenblick auf das Deck des Kahnens gelaufen und muß gleich an der Treppe der Kajüte ins Wasser gestürzt sein. Die Abwesenheit des Kindes wurde von der Mutter erst bemerkt, als sie es zu Bette bringen wollte. Die Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

Lichtenberg.

Die jüngste Stadt Preussens! Die Herren von den Grundbesitzern und den diversen Interessentengruppen sind um eine Hoffnung ärmer. Bekanntlich ist auch mit dem Einzug eines neuen Herrn in das Ministerium des Innern eine andere Auffassung über die Eingemeindungsfrage nicht eingezogen. Eine Stärkung des „Wohlfühlens Berlin“ durch eine umfangreiche oder auch nur teilweise Eingemeindung der Vororte wird nicht beliebt. Damit fallen die Projekte der „Gemeindeverleiher“.

Der „Reichs-Anzeiger“ vom 4. November veröffentlicht nun die Kabinettsorder, wonach der Landgemeinde Lichtenberg die Annahme der Städteverfassung genehmigt ist.

Eine Regierungsverordnung, auf Grund deren die bisherigen Gemeindeorgane mit der kommissarischen Leitung der jungen Stadt betraut werden, wird in den nächsten Tagen erwartet.

Es wird also im neuen Jahr 1908 bereits die städtische Verwaltung (Magistrat und Stadtverordnete) in Funktion treten. Die Bildung des eigenen Stadtrates ist durch die bereits abgeschlossenen Verhandlungen mit dem Kreis Niederbarnim vorbereitet und wird spätestens am 1. April 1908 erfolgen.

Die Wahlen für die erste Stadtverordnetenversammlung werden in den ersten Tagen des Monats Dezember vorgenommen werden. Diese Nachricht wird die Parteigenossen veranlassen, mit allem Nachdruck in die Vorbereitung der Wahlen einzutreten. Es muß gelingen, auf die Zusammenlegung der ersten städtischen Verwaltung einen entscheidenden Einfluß auszuüben; für diese Notwendigkeit spricht der Umstand, daß ja die junge Stadt Lichtenberg ein Industrieort größter Art ist und die Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit der Industrie- und Arbeiterklasse angehört.

Die Wählerlisten der Gegner kommen langsam in Fluß. Der Grundbesitzerverein Vohagen-Friedrichshagen ist auf der Suche nach einer Wahlparole wieder auf die „teilweise Eingemeindung“ gekommen. Der westlich der Ringbahn gelegene Ortsteil soll von der jungen Stadt losgelöst und in Berlin „eingemeindet“ werden. Einige Grundbesitzerkandidaten fallen vielleicht auf den alten Koff hinein. Wohl besonnen!

Der „Vahrgereverein“ entdeckt plötzlich eine ganze Reihe Mißstände im Post- und Verkehrswesen, kurz, alles ist demüht, dem „Bruder Wähler“ sich in empfehlende Erinnerung zu bringen. Aber auch unsere Parteigenossen sind gerüstet!

Nach ist diese Wahlarbeit nicht über die Anfänge, schon winkt neue Arbeit! Im Januar sind die Wahlen zum Gewerbegericht und auch zum Kaufmannsgericht vorzunehmen!

Friedrichsfelde.

Ueber das Verhalten der Sozialdemokratie sprach in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Franz Schneider von Berlin. Der eingehende und die gegenwärtige politische Situation trefflich kennzeichnende Vortrag wurde von den Versammelten mit lebhaftem Beifall entgegengenommen. Genosse Kubens erstattete hierauf Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins. Unter Berücksichtigung der Bemerkungen der Genossen Krüger, Münch und Schwenzel, daß die Jahrsabende sowie Wahlvereinsversammlungen nicht in gewohnter Weise besucht würden. In der Zeit politischer Depression müßte jeder Genosse sich regen am Parteileben beteiligen. Zum Schluß wies der Vorsitzende Genosse Cronwald auf den Boykott der Warenhäuser Jandorf und dessen eifriger Befolgung

sowie auf die am 27. November stattfindende öffentliche Versammlung hin, in welcher Genosse Adolf Hoffmann über Staat, Kirche und Schule referieren wird, hin.

Weißensee.

Bei der heutigen Erziehung zur Gemeindevertretung ist der Genosse Eduard Nachtege mit 177 Stimmen gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Johannisthal.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorsitzende Genosse Schneider Bericht über die Tätigkeit des verflochtenen Quartals. In seiner Ausführung erwähnte Redner die Genossen besonders, sich kege an der Agitation für die Partei und Presse zu beteiligen, da auch die Gegner keine Mittel unversucht ließen, wenn es die Sozialdemokratie zu bekämpfen gilt. Der Bericht des Kassiers ergab eine Einnahme von 100,98 M. und eine Ausgabe von 101,40 M. Die Abonnementzahl des „Vorwärts“ beträgt gegenwärtig 183. Hieraus gab Genosse Dähling den Bericht von der Gemeindevertretung, der die wichtigsten Vorkommnisse der letzten Zeit erwähnte.

Nowawes.

Die Festlegung der Linienführung für die elektrische Straßenbahn, welche Nowawes mit Potsdam verbinden soll und auf gemeinsame Rechnung beider Gemeinden geführt wird, wurde in der letzten Gemeindevertreterversammlung beraten. Zu diesem Punkte lagen auch zwei Petitionen vom Haus- und Grundbesitzerverein Nowawes und vom Verein Rodorf und Haus- und Grundbesitzerverein Nowawes vor. Erstere wünschte die Linienführung bis zum Dreiwitzer Bahnhof, letztere durch die Wallstraße bis zur Plantage. Der Bürgermeister erklärte, daß er seinen ursprünglichen Vorschlag, die Straßenbahn durch die Priesterstraße zu führen, zurückziehe, da nach der erfolgten Vereinigung von Nowawes-Neuendorf nicht mehr die Priesterstraße, sondern die Lindenstraße die Mitte des Ortes bilde; er empfehle, die Straßenbahn durch die Lindenstraße bis zur Plantage zu führen. In der längeren Debatte hierüber erklärte Genosse Reumann, daß die Sozialdemokraten dem Vorschlag des Bürgermeisters zustimmen würden, da man nicht alle speziellen Wünsche berücksichtigen könne, sondern das große Ganze im Auge behalten müsse. Ein Beschluß in dieser Angelegenheit wurde nicht gefaßt, sondern die Vorlage an die Wege- und Finanzkommission zurückverwiesen, um die vorgebrachten Wünsche und Petitionen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Die Anträge auf Einrichtung elektrischer Beleuchtungsanlagen im Schulhause Kirchplatz 8a, im Sitzungssaal des Rathhauses sowie im Dienstsitz des Bürgermeisters und der Antrag auf bessere Ausstattung des letzteren Raumes wurden genehmigt. — Eine weitere Vorlage betraf den Abschluß eines Vertrages mit dem Oberhofmarschallamt wegen Ueberlassung eines im Zuge der Luisenstraße gelegenen, zum Kronfideikommiß gehörigen Terrains behufs Herstellung einer Kommunikation der Luisenstraße mit dem übrigen Ortsteil. Das Oberhofmarschallamt erklärt sich zur Abtretung des Terrains bereit unter der Bedingung der Befreiung von allen Anliegerbeiträgen; falls das Kronfideikommiß an der neu anzulegenden Straße Gebäude errichten sollte. Diese Forderung wurde vom Genossen Grühl in scharfer Weise kritisiert; da aber andere Bedingungen nicht zu erzielen sind und das Terrain zur Schaffung besserer Verkehrsverhältnisse unbedingt gebraucht wird, erklärte sich die Vertretung mit dem Vertrage einverstanden. — Weiter beschloß die Vertretung, vom 1. April ab für die höhere Mädchenschule und die Volksschule resp. das Realprogymnasium eine Aufnahmegebühr von 3 M. zu erheben. — An Stelle des zurückgetretenen Herrn Wabe wurde Herr Rektor Schenk zum Leiter der gewerblichen Fortbildungsschule gewählt. — Das Ortsstatut für die Fortbildungsschule wurde dahin abgeändert, daß in Zukunft nicht mehr alle in der Gemeinde wohnhaften, sondern nur die dort beschäftigten gewerblichen Arbeiter unter 17 Jahren zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet sind, da nach einem Erkenntnis des Kammergerichts sich die Schulpflicht nur auf die im Gemeindebezirk in Stellung befindlichen gewerblichen Arbeiter erstrecken darf. — Einer Vermehrung und Verlegung der Laternen in der Priester-, Wall- und Wilhelmstraße gab die Vertretung ihre Zustimmung, sobald es dort bald heller werden dürfte.

Erfroren ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag der Schloffer Kähler aus Potsdam. Derselbe hatte sich in einer Wauernische in der Nähe der Ueberführung der Kahlbrücke niedergelegt, wo er am Montag tot aufgefunden wurde.

Den Tod auf den Schienen suchte ein in der Kolonie Dabheim wohnhafter 72-jähriger pensionierter Dreifachträger. Er wurde vom Zuge gestreift und schwer verletzt ins Oberlin-Krankenhaus gebracht. Kurz nach seiner Einlieferung verstarb er jedoch.

Spandau.

Die Spandauer Stadtverordneten-Neuwahlen

Im III. und V. Bezirk finden heute vormittags von 10-11 Uhr und nachmittags von 5-8 Uhr statt. Genossen! Es gilt mit ganzer Kraft die Wahlarbeit aufzunehmen, sollen Erfolge errungen werden. Das „Spandauer Tageblatt“ höhnte bereits in der gestrigen Nummer über den von der Sozialdemokratie für den III. Bezirk aufgestellten Kandidaten Genossen Robert Piefer und prophezeite bereits, daß auf denselben nicht viel Stimmen entfallen werden. Nun, wenn von jener Seite unsere Kandidaten beringsümpft werden, so haben wir die Bemühtung, daß die richtige Auswahl getroffen ist. Männer vom Schlage des Scharfmachersblattes werden, wenn sie gewählt würden, die Interessen der wertvollen Bevölkerung nur schände vertreten. Arbeiter Spandaus! Unsere Genossen im Stadtparlament haben durch ihre Tätigkeit am besten bewiesen, daß nur sie die allgemeinen Interessen wahrgenommen haben. Es ist deshalb Ehrenpflicht eines jeden Wahlberechtigten, der die Interessen der Allgemeinheit über die Sonderinteressen stellt, der nicht will, daß die Bezirke den Gegnern der Arbeiterklasse ausgeliefert werden, daß er für die Kandidaten der Sozialdemokratie eintritt. Im III. Bezirk ist Kandidat Robert Piefer und im V. Bezirk Friedrich Göge. Tue also jeder seine Pflicht, damit unsere Kandidaten gewählt werden.

Gestern fanden die Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung in fünf Bezirken statt. Infolge der Indifferenz vieler Arbeiter ist und leider ein Bezirk, und zwar der 6., verloren gegangen. Im 7. und 8. Bezirk kommen unsere Genossen in Stichwahl. In den einzelnen Bezirken ergab die Abstimmung folgendes Resultat:

2. Bezirk. Abgegebene Stimmen 75. Genosse Böbe 8; Gegenkandidat 67.
3. Bezirk. Abgegebene Stimmen 723. Genosse Hornich 175; Gegenkandidat 547; zerplittert 13.
4. Bezirk. Abgegebene Stimmen 614. Genosse Piefer 218; Gegenkandidat 300; zerplittert 1.
5. Bezirk. Abgegebene Stimmen 631. Genosse Böbe 202; Konj. Carta 263; zerplittert 126.
6. Bezirk. Abgegebene Stimmen 649. Genosse Pieper 310; Gegenkandidat 309; zerplittert 21.

Eine gut besuchte Versammlung bei Vorharrdt beschäftigte sich am Freitagabend mit dem „Leipziger Hochverratsprozeß“. Genosse Redakteur Bloß, der das Referat übernommen hatte, behandelte das Thema in zweifelhäufiger Rede. Eingehend wies er die Unzulänglichkeit der Hochverratsanklage gegen Liebknecht nach. Die Deduktionen des Oberstaatsanwalts seien von Liebknecht glänzend zerlegt und als Illusion hingestellt worden. Wenn Liebknecht trotzdem verurteilt sei, so sei er nur ein Opfer der Klassenjustiz. Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Hieraus fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der zum Ausdruck kam, daß die Versammlung in dem Urteil gegen Liebknecht nur ein Klassenurteil erblickt und sich verpflichtet, mit um so größerer

Gerichts-Zeitung.

Zum Vereinsrecht.

Nunmehr hat die gelehrte Rechtsprechung entdeckt, daß auch eine Versammlung, die nicht stattfindet, eine Versammlung sei, deren Abhaltung — oder vielmehr, daß auch die Nichtabhaltung — strafbar ist.

Das Kammergericht verwarf am 1. d. M. die von den Angeklagten eingelegten Revisionen mit folgender Begründung: Mit Recht habe das Landgericht das Vorhandensein einer „Versammlung“ (und zwar einer solchen zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten) angenommen.

weil er sich nicht rechtzeitig davon überzeugte, daß die Anmeldung eingegangen und die Bescheinigung erteilt sei. Er hätte dies tun und rechtzeitig die Versammlung inhibieren müssen.

Um gleich Bestrafungen in ähnlich liegenden Fällen zu entgegen, empfiehlt es sich, ohne die Worte „die Versammlung ist eröffnet“ mitzuteilen, daß die Abhaltung der Versammlung nicht stattfinden kann.

Wegen vorsätzlicher Beschädigung von Wahlzetteln

hatte sich der Mittergutsbesitzer und Vorsteher Anno v. Heimburg aus Ederbe am Montag vor der Strafkammer Hannover zu verantworten. Bei der letzten Reichstagswahl am 23. Januar d. J. war der Angeklagte Wahlvorsteher in Ederbe, Wahllokal war die Grundbesitzer-Gastwirtschaft daselbst.

niedergelegten Stimmzettel überflüssig und deshalb wertlos, weil Stimmzettel in genügender Zahl verteilt gewesen seien. Das Berufungsgericht nahm ebenso als die erste Instanz eine vorsätzliche Sachbeschädigung als vorliegend an und erkannte auf Verurteilung der Berufung gegen das gestunde Strafmaß.

Der überlebte § 17 des Preßgesetzes noch lebendig.

Zeitweise zum Schutz des Angeklagten bestimmt § 17 des Reichspreßgesetzes vom 7. Mai 1874: „Die Anklageschrift oder andere amtliche Schriftstücke eines Strafprozesses dürfen durch die Presse nicht eher veröffentlicht werden, als bis dieselben in öffentlicher Verhandlung kundgegeben worden sind oder das Verfahren ein Ende erreicht hat.“

Wegen Verstoßes gegen den zitierten § 17 des Preßgesetzes hatte sich am 29. Mai der Redakteur Nebus vor dem Landgerichte zu verantworten. Er hatte in seinem Blatte, welches nachmittags erscheint, den Sachverhalt eines am gleichen Vormittag begonnenen umfangreichen Prozesses nach der Anklageschrift veröffentlicht.

Albert Höfer Todes-Anzeige. Am 2. November verstarb unser Mitglied, der Kollege, der Schlichter 61/1.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Franz Nitzge am 4. Lebensjahre.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Johann Marquardsen aus Hensburg.

Gertrud Knick geb. Weber im 39. Lebensjahre. Dies zeigt in tiefem Schmerz an Oswald Knick Jr. nebst Kindern.

Johann Staud. Seine guten menschlichen Eigenschaften, sowie sein treues kollegialliches Zusammenwirken sichern ihm ein ehrendes Andenken.

Ordentliche General-Versammlung der Orts-Krankenkasse des Hutmacher, Saffouraturen- und Filzwaren-Fabrikanten in Berlin.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis (Görlitzer Viertel). Albert Höfer

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Paul Arand im Alter von 37 Jahren.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner Johann Staudt

Verband der freien Gast- u. Schankwirte Deutschlands. Oswald Knick Ober-Schöneweide, Wilhelmshofstraße 47

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.

Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe. Todes-Anzeige. Am 4. November verstarb unser Mitglied und Kollege, der Steindrucker Albert Höfer

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Nachruf! Am 27. Oktober starb der Kollege, Tischler Ernst Kühn.

Verein Berliner Hausdiener Mitgliedschaft I des Deutschen Transportarbeiter-Vorbandes. Nachruf! Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Karl Fürstenberg

Zentralverband Hütten u. Hilfsarbeiter Deutschl. (Filiale Berlin.) Todes-Anzeige. Am Mittwoch, den 30. Oktober starb freiwillig unser Mitglied Otto Simoneit

Stepdecken blüht direkt in der Fabrik 72. Wallstr. 72 wo auch alte Stepdecken angefertigt werden.

Achtung, Zossen! Die ehemaligen Sänger des Gesangsvereins „Freie Sänger“ werden hiermit zu unserer am Sonntag, den 16. Novbr., abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Salme stattfindenden Fester des 5. Gründungsfestes eingeladen.

Invaliden - Unterstützungskasse d. Steindrucker u. Lithographen. Die Beerdigung des am 4. November verstorbenen Steindruckers Albert Höfer findet statt am Donnerstag, den 7. November, nachmittags 3 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Nachruf. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter Josef Poustka

Verband der freien Gast- u. Schankwirte Deutschlands. Todes-Anzeige. Am 2. d. M. durch Unfall gestorben ist.

In meinem Engros-Haus direkt, einzeln an Privat!!! Nur Verkaufszelt von 10%, vormittags bis 1%, nachmittags und von 3%, nachmittags bis 8%, abends.

Jede Dame lese! Nach besonderer Engros-Saison infolge der ungünstigen Witterung Einzelverkauf zu fabelhaft billigen, festen Fabrik-Preisen.

Dr. Schönemann Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schillingstr.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf. Todes-Anzeige. Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlichter Franz Nitzge

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Verwaltung I (Verein Berliner Hausdiener). Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Wilhelm Joneleit,

Separat sehr großes modernes Trauermagazin. Verkauf zu konkurrenzlosen Preisen.

Totaler Räumung meiner Bestände Originalmodelle, Reismuster, Kopien für allergrößte Figuren vorrätig.

Konfektionshaus Westmann Hauptgeschäft: W. Mohrenstr. 37a an den Kolonnen.

Abendmäntel - Tanzstunden-Capes Riesenauswahl in allen Größen und Preislagen. Fabrik Pelz, 50 Karstraße 50

Konsumverein Charlottenburg

und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Aktiva.		Bilanz per 30. Juni 1907.		Passiva.	
Ein Kassafonto	2 610,82	Ver Geschäftsteilkonto	17 658,94	Reservefondskonto	2 625,53
Warenfonto	25 183,23	Dispositionalkonto	57,71	Erweiterungsfondskonto	249,33
Zentrallagerkonto	1 831,63	Kreditorenkonto	9 612,26	Personalarbeiterkonto	490,49
Investarfonto	8 789,56	Verkaufskonto	196,04	Rückvergütungsfondskonto	5 411,16
Embalsamierkonto	586,45	Gewinnkonto	8 896,37		
Depositenkonto	450,15				
Großverkaufsteilkonto	1 000,—				
Großverkaufsteilhaberkonto	411,20				
Berl. Ban- und Sparvereinkonto	152,10				
Büchereikonto	100,—				
Büchereikonto	900,—				
Stationskonto	190,—				
Ruhegeldkonto	2 883,09				
Unkostenkonto	123,60				
Stiftungskonto	45,—				
Summa	45 296,83	Summa	45 296,83		

Gewinn- und Verlustkonto.

Ein Inventarkonto, Abschreibung	461,55	Ver Rufenkonto	123,35
Einrichtungskonto, Abschreibung	200,—	Wiederanzugkonto	1 221,90
Rufen	210,02	Großverkaufsteilhaberkonto	264,46
Unkosten, Abschreibung	22 926,15	Waren-(Einkaufs)gewinnkonto	80 971,39
Gewinn	8 896,37	Rohgewinnkonto	113,60
Summa	32 694,09	Summa	32 694,09

Mitgliederbewegung.

Mitgliederbestand am 1. Juli 1906	1266 Mitglieder	1684 Mitglieder
Eingetreten während des Jahres	419	
Im Laufe des Jahres (Schieden aus)	80	
Verbleibt ein Mitgliederbestand am 30. Juni 1907	1604 Mitglieder	

Die Kasse.

Bestand am 1. Juni 1906	87 050,—	60 680,—
Einzug kommen durch Eintritt 419 × 50	20 950,—	
Im Abzug kommen für Ausscheidende 80 × 80	6 400,—	
Somit beträgt die Kasse am 30. Juni 1907	100 600,—	64 180,—

Geschäftsguthaben der Mitglieder.

Bestand am 1. Juli 1906	16 498,70	16 498,70
Eingezahlt wurden im Laufe des Jahres	683,02	
Durch Aufschreibung erhöht sich derselbe um	2 025,16	2 781,18
Ausgezahlt an Ausgeschiedene	19 279,88	1 590,94
Verbleibt Bestand am 30. Juni 1907	17 658,94	17 658,94

Bilanz der Sparkasse per 30. Juni 1907.

Aktiva.		Passiva.	
Ein Kassafonto	2 708,25	Ver Spareinlagenkonto	10 872,18
Effektenkonto	2 500,—	Sparer & Konto	971,10
Verleihenkonto	5 411,16	Gewinnkonto	105,93
Rufenkonto	23,12		
Einrichtungskonto	101,63		
Summa	10 749,21	Summa	10 749,21

Gewinn- und Verlustkonto.

Ver Gewinnkonto	149,50	Im Abschreibung, 30 %	43,57
Summa	149,50	Gewinn	105,93

Charlottenburg, den 25. August 1907.

Der Vorstand:

H. Winter, A. Sellin, Joh. David, Resident und für richtig befunden

Charlottenburg, den 29. September 1907.

Für den Aufsichtsrat:

H. Winter, A. Sellin, Joh. David, Resident und für richtig befunden

Bilanz der Bäckerei-Genossenschaft Produktion

Aktiva.		vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1907.		Passiva.	
Ein Warenfonto	3 840,30	Ver Geschäftsteilkonto	1 110,—	Darlehenskonto	1 775,—
Kassafonto	1 582,28	Kreditorenkonto	7 492,51	Unkosten, Rufenkonto	96,60
Debitorenkonto	777,19	Sortirung 1906	36,17	Gewinn	156,08
Embalsamierkonto	36,—				
Investarfonto	130,—				
Investarfonto	5 350,69				
Summa	10 666,36	Summa	10 666,36		

Debet.		Gewinn- und Verlust-Konto.		Kredit.	
Ein Unkostenkonto	5 327,55	Ver Bruttogewinn	13 466,00		
Eöhne	8 302,60	Sinsen	20,65		
Rabatt	1 093,94				
Sinsen	150,—				
Investarfonto	465,27				
Gewinn	156,08				
Summa	15 496,74	Summa	15 496,74		

Mitgliederbewegung.

Übernommen am 1. Juli 1906	12 Mitglieder	13 Mitglieder
Eingetreten im Laufe des Jahres	1 Mitglied	
Ausgeschiedene sind während des Jahres	13 Mitglieder	
Verbleibt Bestand am 30. Juni 1907	10 Mitglieder	

Der Geschäftsanteil

Bestand am 1. Juli 1906	1050,—	1110,—
Eingezahlt im Jahre	60,—	
Summa	1110,—	

Die Kasse

Bestand am 1. Juli 1906	1200,—	1200,—
Einzug kommen durch Eintritt 1 × 100	100,—	
Im Laufe des Jahres	1900,—	

Charlottenburg, den 30. August 1907.

Der Vorstand:

H. Winter, A. Sellin, Resident und für richtig befunden

Charlottenburg, den 30. August 1907.

Für den Aufsichtsrat:

H. Winter, A. Sellin, Resident und für richtig befunden

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin, Oranienstr. 158
Riesen-Auswahl!
 Gardinen, Portieren, Stores, Vorhänge, Tüll-Bettdecken etc.
 Einzelne Fenster spottbillig! mit ca. 600 Pracht-Katalog Abbildungen gratis und franko.

ALLE TAGE ANDERS
 Auf Teilzahlung
 elegante fertige Herren-Garderoben
Anzüge Paletots
 Damen- und Kindergarderobe
 Auswahl kolossal!
 Wochenrate nur **1** Mark.

ALLE TAGE ANDERS
 Größtes Haus am Kottbuserplatz,
 Pank-, Gericht- und Reinickendorferstr.-Scke
 Verabfolgung von Norden-Marken.

Möbel- und Polsterwaren.
 Solide Preise. Teilzahlung gestattet.
Fr. F. Burgemeister,
 Berlin O., Kottbuserstr. 24.

Gardinen
 Teppiche, Portieren, Tischdecken und Läuferstoffe, Bettvorleger

ferüggestopfte Betten und Steppdecken
 Damen- und Herren-Leinwäse

Wochenrate **1,00 M.**

S. Dorn
 Waren- u. Möbel-Kredithaus
 3 Alte Schönhauserstr. 3
 am Schönhauser Tor.

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen Berlins und Umgebung! Achtung!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeninhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Anschlächten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, die Solidarität der Arbeiterschaft zu Hilfe zu rufen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Entschluß einstimmig ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschluß beigetreten.

Dank der Solidarität der Berliner Arbeiterschaft haben sich eine Anzahl Berliner Konfektionäre veranlaßt, Betriebswerkstätten einzurichten und tariflich festgesetzte Zeitlöhne an die Arbeiterschaft zu zahlen.

Wir ersuchen daher mit Gegenwärtigem die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgebung, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nur die nachstehenden Geschäfte berücksichtigen zu wollen.

Norden:

„Goffnung“, Produktiv-Genossenschaft der Schneider, Brunnenstr. 185.
 Alle von dieser Firma in den Handel gebrachten Waren werden zu den von der Organisation festgesetzten Bedingungen hergestellt. Wir empfehlen dieselbe daher ganz besonders.
Amerikanische Verkaufshallen, Rosenthalerstraße 53.
„Blitz“, Rosenthalerstr. 9.
„Blitz“, Chausseest. 85.
 Diese Firma stellt den größten Teil ihres Umsatzes zu den geforderten Bedingungen her.
Waer Sohn, Chausseest. 29/30.
 Diese Firma unterhält eine Betriebswerkstätte für 24 Arbeiter und hat die unangenehme Arbeitszeit eingeführt.

Osten:

„Blitz“, Gr. Frankfurterstr. 137.
„Blitz“, Frankfurter Chaussee 19, Vichtenberg.
Daake, Landsbergerstr. 91.
Waer Sohn, Gr. Frankfurterstr. 20.
Amerikanische Verkaufshallen, Frankfurter Allee 186.
Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 141,
 hat veranschaulicht eine Werkstätte eingerichtet.

Süden:

„Blitz“, Kottbuser Damm 29/30.
Geitinger, Deutsche Comp., Dranienstr. 40/41,
 stellen einen großen Teil ihres Umsatzes zu den geforderten Bedingungen her.
Eders u. Dyckhoff, Kottbuser Damm 78.
Wormann, Kottbuser Damm 77.
Waer Sohn, Brückenstr. 11.
Eders u. Dyckhoff, Dranienstr. 48.

Westen:

„Blitz“, Schöneberg, Hauptstr. 10.
 Nachstehende Firmen haben die Errichtung von Betriebswerkstätten zugesagt:
S. Adam, Leipzigerstr. 27/28.
Fabish u. Co., Rosenthalerstr. 8.
Philipp Fabish, Rosenthalerstr. 1.
Bernhard Waer, Rosenthalerstr. 5.
Sachs, Gr. Frankfurterstr. 132.
Max Schendel, Rosenthalerstr. 8.
D. Perleberg, Chausseest. 57;
 hatte eine Werkstätte eröffnet, dieselbe aber wieder geschlossen, nachdem das Kammergericht ein für uns ungünstiges Urteil gefällt hatte.
Alex Bohne, Landsbergerstr. 79.
Kommanditthaus Schendel, Dranienstr. 38.
Eders u. Dyckhoff, am Dönhofsplatz.
Verkaufshalle „Vulkan“, Frankfurterstr. 5.
Frankfurter Allee 134.
Behrend, Grüner Weg 84.
Ringel, Chausseest. 31, Brunnenstr. 47.
Levy u. Co., Brunnenstr. 50, Wilmersdorferstr. 47.
Bendit, Brunnenstr. 68.
Littmann, Dranienstr. 2.
Schweriner, Chausseest. 113.
Joseph Wandt, Chausseest. 80a.
Th. Juras, Chausseest. 79.

Da diesen Firmen — anscheinend unter dem Eindruck des Kammergerichtsurteils — die Beschaffung von Betriebsräumen sehr schwer fällt, ersuchen wir, dieselben nicht allzusehr mit dem Einkauf von Waren zu belästigen, damit ihnen mehr Zeit zur Verfügung steht, um ihr gegebenes Wort einzulösen.

Verband der Schneider u. Schneiderinnen.

Die Ortsverwaltung.

Wer eine Existenz durch lohnende Fabrikation sucht oder einen angenehmen Nebenerwerb wünscht, oder für hochlohnende Fabrikate und Massenverbrauchsartikel

Neubau Armin-Hallen,
 Kommandantenstr. 58/59.
Fernsprecher: Amt I, 10155.
 Verkaufte verschiedener Größe an Sonn- und Festtagen frei. Auch an beiden Weihnachts-Feiertagen zu Matineen.

Generalvertrieb
 übernehmen will, verlange gratis unseren 48seitigen illustrierten Hauptkatalog. Falllichts Laboratorium, Q. m. b. H., Eidelstedt 167 bei Hamburg.
 Meine Existenz verdanke ich Ihnen. G. M. in A. — Bedauere, Ihre wertige Adresse nicht schon früher gewußt zu haben. F. L. in W. — Ähnliche Kundgebungen viele.

Möbel Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
 eventuell auch auf Teilzahlung
Paul Burow's Möbel-Fabrik
 Berlin SW., Lindenstraße 105. 4902L*

Pelz - Stolas, Muffen, Kindergarnitur,
 nur strapazierbare Ware, gebe zu außerordentlich niedrigen Preisen bei sehr grosser Auswahl auch einzeln ab.
Oscar Arnold
 Großhandlung für Hute, Mützen und Pelzwaren
 Dresdenerstr. 116 (Kein Laden)
 Kein Kautzweg.

Zahnärztliche Klinik
 106 Belle-Alliancestraße 106, gegenüber Warenhaus Jandorf.
 Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Blonden u. d. Auslagen berechnet. — Geöffnet von 9-6 Uhr. Sonntags 9-12 Uhr. 832*

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schnell, dauerhaft, Luzifer, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11 (Stadt-Börse).

Ohne Anzahlung
 wöchentlich nur 50 Pfennig
Bilder, Spiegel,
 Bilder: Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Gardinen, Vorhänge, Bettwäsche, Betten, Herrngarderobe, Gasföhrer, Kleinsten Anzahlung, Bequemste Abzahlung, (Belohnung eventuell Vorkasse.)
Gebrüder Lieber
 Kleine Andreestraße 2.

Phänomenen-
 Nach **Zigaretten**
 Ägyptischer Art **feinste**
 hergestellt, **Handarbeit.**
Zigarettenfabrik „NAMKORI“

Müllerstr. 142 **Stabilissement „Pharus-Säle“** Müllerstr. 142
Mittwoch, 6. November, abends 8 1/2 Uhr:
Vokal-Konzert ausgef. vom **Berl. Sängerbund 1896**
 unter Mitwirkung einer hervorragenden Solokraft.
 Eintritt 30 Pf. Es ladet ein **Wernau.**